

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mühsinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen
vor dem Quartalsersten, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 12. Sept. 1932.

Volkskampf für Volksrettung.

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

SPD. Der Reichstag ist am Montag-Nachmittag durch Verordnung des Reichspräsidenten aufgelöst worden.

Furcht vor dem Spruch der Volksvertreter; das ist es, was diese Reichsregierung von Papen beherrscht. Sie weiss, dass ihr Vertrauen im Volke gleich Null ist. Darum der unwürdige Wettlauf des Reichskanzlers an sein Ziel, den Inhalt der roten Auflösungsmappe, die Urkunde des Reichspräsidenten, bei dem Reichstagspräsidenten zu deponieren, ehe das Parlament zu einer Abstimmung kommen konnte.

Der Reichstag ist aufgelöst. Darüber herrscht juristisch kein Zweifel. Die Sozialdemokratie tut Recht daran, sich an einem Komödienspiel der Nationalsozialisten, die mit den Zwirnsfäden parlamentarischer Geschäftsordnung ein weltgeschichtliches Ringen aufhalten wollen, nicht zu beteiligen. Wir gehen ins Volk und kämpfen, auf die Volksmassen gestützt, um die Wiederherstellung der Demokratie, deren Sinn und Geist von dieser Herren-Regierung Papen & Konsorten stündlich verletzt wird.

Dieser zweite und letzte Tag des am 31. Juli gewählten Parlaments war lehrreich genug. Er bot den überfüllten Tribünen und der dicht besetzten Diplomatensloge, in der auch der französische Botschafter Poncet und sein englischer Kollege Rumbold sassen, ein Bild der zerrissenen und verworrenen Zustände in Deutschland.

Auf der Ministerbank: das Gesicht der herrschenden Klasse! Hochkapitalismus, hohe Bürokratie und der Reichswehrgeneral. Alles im dunklen Zivil, aber unsichtbar stand die Militärdiktatur hinter ihnen. Der Reichstagspräsident Göring, wie die meisten seiner Fraktionskollegen im schlichten Bürgerrock, eröffnete ohne jede Sensation die Sitzung. Der Kommunist Torgler steht schon auf dem Sprung zur Rednertribüne. Er beantragt vor der Erklärung der Reichsregierung auf die Tagesordnung zu bringen: die Abstimmung über die Anträge, die die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September und das Misstrauen gegen die Regierung von Papen fordern. Solche Anträge liegen von der Sozialdemokratie und den Kommunisten vor.

Der Abgeordnete Löbe widerspricht dem kommunistischen Wunsche nicht, aber er unterstreicht, was schon Torgler gesagt hat, dass der Widerspruch eines einzelnen Abgeordneten genügt, um den kommunistischen Geschäftsordnungsantrag unmöglich zu machen. Ausserdem belehrt Löbe lächelnd den Abgeordneten Torgler dahin, dass dieser dem Reichskanzler geradezu den Tip gegeben habe, vor der Abstimmung seine Rede los zu werden, oder gar die Auflösung auszusprechen. Torgler hatte nämlich darauf verwiesen, dass der Reichskanzler zu jeder Zeit das Wort nehmen könne. Löbe beantragt, um auf jeden Fall ein sofortiges Inkrafttreten der Notverordnung zu verhindern, es möge als zweiter Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt werden: "Die Notverordnungen vom 4. September und vom

5. September, soweit sie noch nicht in Kraft sind, werden nicht in Kraft gesetzt, bevor der Reichstag entschieden hat."

Aber zur allgemeinen Verblüffung erhebt der deutschnationale Fraktionsführer Dr. Oberfohren, der im Ältestenausschuss Widerstand gegen die sofortige Abstimmung angekündigt hatte, keinen Widerspruch. Auf Veranlassung der Papen-Männer oder warum? Jedenfalls hätte nun sofort über die sozialdemokratisch-kommunistischen Aufhebungs- und Misstrauensanträge entschieden werden können. Da macht der nationalsozialistische Führer Dr. Frick einen Versuch zur Rettung Papens und der schwarz-braunen Koalitionsverhandlungen. Er beantragt, die Sitzung um eine halbe Stunde zu unterbrechen. Die Angst der Nationalsozialisten vor der sofortigen Auflösung wird deutlich sichtbar. Sie klammern sich an diesen parlamentarischen Kniff, an diese halbe Stunde, in der Hoffnung, dass bis dahin ein Dreh zwischen ihnen und dem Zentrum gefunden sei, um die entscheidenden Abstimmungen einige Tage hinauszuschieben.

Die Sozialdemokratie, in jeder Stunde kampfbereit und kampfbereit, macht diesen Winkelzug nicht mit. Sie stimmt gegen die Unterbrechung der Sitzung. Mit den Stimmen der Nationalsozialisten, des Zentrums und der bayerischen Volkspartei wird aber die Unterbrechung der Sitzung beschlossen.

In der kurzen Pause fasst der Sozialdemokratische Parteivorstand ohne jede Aussprache in einmütiger Begeisterung einen Beschluss, der die Entscheidungen aus dem Parlament in das Volk verlegt. Ganz unabhängig davon, ob die Auflösung des Reichstags, was in diesem Augenblick noch zweifelhaft war, erfolgt oder nicht. Otto Wels trägt der Fraktion vor, dass er dem Reichsinnenminister inzwischen einen Antrag auf ein Volksbegehren überreicht hat, das die Streichung sämtlicher sozialpolitischer Bestimmungen in der Notverordnung fordert. Also klarer Volkskampf gegen die Sozialreaktion.

Die Eröffnung der neuen Sitzung verzögert sich. Zentrum und Nationalsozialisten verhandeln und verhandeln. Sie wollen die Auflösung vermeiden. Sie suchen einen Weg, der die sofortige Abstimmung über die sozialdemokratisch-kommunistischen Anträge verhindert. Dieser Weg ist aber inzwischen durch den Reichskanzler verbaut worden. Er ist zur sofortigen Auflösung entschlossen. Er betritt mit der roten Mappe den Saal und knallt sie nervös auf seinen Platz.

In seiner deutlich sichtbaren Aufregung ist er jedoch der parlamentarischen Situation nicht gewachsen. Statt sich sofort zu erheben und die Order zu verlesen, starrt er unentschlossen und aufgeregt in den Saal. So verpasst er seinen grossen Augenblick. Der Reichstagspräsident ruft zur Abstimmung über die Aufhebungs- und Misstrauensanträge auf. Da plötzlich wird der Reichskanzler lebendig. Er bittet ums Wort. Der Präsident erwidert, dass das Haus in der Abstimmung ist und er deshalb das Wort nicht erteilen kann. Der Reichskanzler ist ratlos. Er geht auf seinen Platz zurück und scheint die Auflösungsorder verlesen zu wollen, sieht aber wohl ein, dass das in der allgemeinen Unruhe und in dem Hohngelächter nicht möglich ist. Irgend wer flüstert ihm einen Rat zu. Der Reichskanzler geht erneut zum Präsidenten, um ihm ein Schriftstück, natürlich die Auflösungsorder zu überreichen. Der Präsident beachtet den Kanzler und sein Papier, das dieser wie eine Bittschrift in der Hand hält, überhaupt nicht. Schliesslich findet der Kanzler den Ausweg, das Dokument dem deutschnationalen Schriftführer Lawrenz zu überreichen, der es in Empfang nimmt. Nachdem er so endlich seinen Brief irgend wem abgegeben hat, verlässt der Reichskanzler unter brausendem Gelächter der grossen Mehrheit im Abgeordnetenparkett den Sitzungssaal und die Minister folgen ihm im Gänsemarsch.

Die Schriftführer und die Fraktionsdiener eilen zum Einsammeln der Abstimmungskarten durch den Saal. In den Fraktionen und zwischen den Fraktionen beginnt ein lebhafter Meinungs-austausch über die staatsrechtliche Lage: "Ist der Reichstag aufgelöst? Sind die Abstimmungen, die jetzt vorgenommen werden, noch gültig? Was wird geschehen?"

Die weiland Harzburger geraten in den schönsten Krach. Vor genau einem Jahre haben sie in Harzburg ihre Front gegründet. Jetzt fliegen Drohungen hin-

und her. Nationalsozialisten rufen: "Hugenberg raus!" Oberfohren und Graef werden von Nationalsozialisten beschimpft. Tief und breit zeigt sich der Riess auf der Rechten.

Die Abstimmung ist geschlossen. Der Reichstagspräsident verkündet, dass 513 Abgeordnete für die Aufhebung der Notverordnung und für das Misstrauen gestimmt haben. 50 Abgeordnete haben sich enthalten, 32 Abgeordnete haben mit Nein gestimmt. Die Reichsregierung von Papen hatte also in diesem Reichstag unter 608 Mitgliedern ganze 32 Mannen hinter sich. Das wenigstens hat diese Abstimmung erwiesen, auch wenn sie nur den Charakter einer Demonstration trägt.

Der Reichstagspräsident erklärt, dass er dem Reichskanzler während der Abstimmung das Wort habe nicht geben können. Nachher sei er bereit gewesen, dem Kanzler das Wort zu erteilen. Durch den vorliegenden Beschluss sei die Reichsregierung gestürzt und die Auflösungsorder sei hinfällig geworden, da sie von einem Reichskanzler und einem Reichsinnenminister gegengezeichnet sei, denen der Reichstag das Misstrauen ausgesprochen habe. Der Nazipräsident schickt sich dann an, die schmutzige Wäsche der ehemals Harzburger Front vor dem Volke auszubreiten. Er wendet sich gegen das Verhalten des Vizepräsidenten Graef im Hause des Reichspräsidenten. Eine lächerliche Polemik, denn alle Welt weiss, dass die Nationalsozialisten selbst diesen Vizepräsidenten gewählt haben. Er konnte nur durch die Nationalsozialisten Vizepräsident werden. Nicht minder komisch ist die Kampfansage des Nazipräsidenten gegen den Reichskanzler und gegen die Reichsregierung, denn die Nationalsozialisten haben die Reichsregierung Papen in den Sattel gehoben. Adolf Hitler höchstselbst hat dem Reichspräsidenten das Gelöbnis treuer Gefolgschaft für Papen abgelegt, und er hat, eine Seltenheit bei dem Naziführer, sein Ehrenwort monatelang gehalten.

Im Pathos eines Schmierenschauspielers gelobt der Nazipräsident, dieser geschworene Feind der Demokratie und jeder freiheitlichen Verfassung, die Rechte der deutschen Volksvertretung zu wahren. Die Linke lacht ihn aus, und dieses Lachen wird sich draussen millionenfach im deutschen Volke fortsetzen. Kein Mensch mit gesunden Sinnen wird den antidemokratischen, den antiparlamentarischen, den diktatorischen Nazis glauben, dass sie die Volksvertretung retten wollen. Nein, diese Komödianten fühlen sich nur betrogen. Sie wollten selber diktieren und merken nun, dass sie, dumm genug, andere Diktatoren zur Herrschaft gebracht haben.

Die Reichstagsauflösung ist da. Wir fürchten, im Gegensatz zu den Nationalsozialisten, die nun aufstürmende neue Volksbewegung nicht. Wir rufen das ganze deutsche Arbeitsvolk in Stadt und Land zum Kampfe auf. Was Nazisiege bedeuten, ist nun allgemein sichtbar: Verschlechterung der Wirtschaftslage, immer grössere Verelendung der Volksmassen, Ausschaltung der Volksrechte, diktatorische Herrenregierung, aussenpolitische Isolierung Deutschlands, Katastrophenpolitik auf der ganzen Linie.

Die Nationalsozialisten sind politisch und wirtschaftlich ohnmächtig und unfähig. Sie sind nur Schrittmacher hochkapitalistischer und militaristischer Diktatoren. Der kommende Wahlkampf muss diese Politiker des Unheils schlagen.

Zur Rettung Deutschlands, zur Rettung des europäischen Friedens, zur Rettung der deutschen Volksrechte, zur Rettung der deutschen Sozialpolitik, zum Niederringen der sozialen Reaktion und für ein freies sozialistisches Deutschland tritt nun die Sozialdemokratie zu einem Wahlkampf unerhörten Ursprungs und unerhörten Ausmasses an. Wir sind nicht zu zerstören, wir sind nicht zu entmutigen. In eiserner Treue bleibt die Eiserne Front geschlossen und stösst zum Angriff vor. Die Zukunft Deutschlands verlangt die Niederlage der Nationalsozialisten, verlangt die Einigung des sozialistischen Arbeitervolks durch den Sieg der Sozialdemokratie.

Die Faust empor! Das ganze deutsche Arbeitsvolk einig in dem Rufe und in dem Willen:

Freiheit!!

SPD. Eisenach, 12. September (Eig. Dr.)

In Eisenach haben 50 im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigte junge Leute, die den Exerzierplatz in ein Stadion umwandeln, die Arbeit niedergelegt weil der Bezirkskommissar die tägliche Entschädigung von M 1,45 auf M 1,20 herabgesetzt hat. Das Arbeitsamt ist gegen den Abbau und hat sofort Schritte unternommen um den Abbau rückgängig zu machen. Die Arbeiten werden unter Leitung der Reichswehr ausgeführt.

SPD. Als Mitglied des Ältestenrats und zugleich als Vorsitzender des Überwachungsausschusses des Reichstages hat der sozialdemokratische Abg. Löbe an den Reichstagspräsidenten Göring einen Brief gerichtet, in dem es u. a. heisst :

"Sehr geehrter Herr Präsident! Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ältestenrats nehmen an der von Ihnen einberufenen Ältestenratssitzung nicht mehr teil, da der Ältestenrat durch die Auflösung des Reichstages mit betroffen worden ist. Die staatsrechtlichen Fragen, die in Ihrer Schlussansprache aufgeworfen wurden, gehören vor den Ausschuss zur Wahrung der Rechte des Parlaments, der von der Auflösung nicht betroffen wird."

SPD. Paderborn, 12. September (Eig. Dr.)

In dem Paderborner Nazi-Prozess gegen den Nazi-Arzt Dr. Linden und Genossen ist die auf Montag-Nachmittag 17 Uhr angesetzte Urteilsverkündung auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Junkersdorf, ist schwer erkrankt.

SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat beim Reichsminister des Innern noch vor der Auflösung des Reichstags die Einleitung eines Volksbegehrens zur Aufhebung der sozialpolitischen Bestimmungen der letzten Papen-Notverordnung beantragt.

Die Sozialdemokratie ruft das Volk, sie ruft alle Arbeiter und Angestellten. Wehrt euch, greift an!

In der letzten Notverordnung hat sich die Reichsregierung die Ermächtigung erteilt, mit der Sozialpolitik und mit den Arbeiterrechten zu machen, was sie will. So hat es die Reaktion verlangt. Nun soll das Tarifrecht durchlöchert, eine neue allgemeine Lohnsenkung durchgeführt werden. Auch alle übrigen sozialen Einrichtungen sind in Gefahr.

Vom Reichstag ist eine Hilfe zunächst nicht zu erwarten. Sein Wille wird missachtet, er ist von der Regierung aufgelöst worden. Jetzt muss das Volk selbst sprechen. Unmittelbar und unmissverständlich. Es hat das Recht, es hat die Macht dazu.

*Die Sozialdemokratische Partei weist den Weg. Noch vor der Auflösung des Reichstags hat sie beim Reichsminister des Innern den Antrag gestellt, über einen von ihr eingebrachten Gesetzentwurf zur Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Notverordnung das Volksbegehren einzuleiten. Die Grundlage für den Einbruch in die Tarifverträge, für den neuen Lohnraub und für den Generalangriff auf die Sozialpolitik soll zerschlagen werden. Dieses Volksbegehren muss zugelassen, es kann nicht verhindert werden.

Die Sozialdemokratie hat sich darauf beschränken müssen, ihren Vorstoss

gegen den sozialpolitischen Teil der Notverordnung zu richten. Sie musste das tun, da Bestimmungen, die den Haushaltsplan oder die Abgabengesetze berühren, nach der Verfassung nicht zum Volksentscheid gestellt werden dürfen. Aber der sozialpolitische Teil verletzt auch die Lebensinteressen der Arbeiter und Angestellten am meisten. Er ist deshalb der wichtigste und entscheidende.

Die Reichsregierung beruft sich bei ihrem Vorgehen auf den Willen des Volkes, wie er bei der Präsidentenwahl unmittelbar zum Ausdruck kommt. Wohlan! Wir wollen diesen Weg gehen. Die Sozialdemokratie appelliert direkt an das Volk, jetzt unmittelbar seinen Willen zu bekunden. Es soll der Sozialreaktion sein unerbittliches Nein entgegensetzen. Ein direkter Entscheid des Volkes soll stattfinden über das Recht der Arbeit in Deutschland, diesem Staat, dessen Existenz auf der Leistung der Arbeiter und Angestellten beruht. Der Wille des Volkes soll entgegengesetzt werden dem Diktat einer kleinen Herrschicht, Grossagrariern und Schwerkapitalisten, die die Macht entrissen werden, die sie sich angemast haben.

Der Kampf wird den Sieg bringen. Es muss ein grosser und gewaltiger Sieg werden, ein Sieg, der jeden Widerstand erdrückt. Von Haus zu Haus, von Mund zu Mund muss die Kunde getragen werden: Wir greifen an, wir schlagen zu!

Jeder Arbeiter und jeder Angestellte, jeder Anhänger des Wohlfahrtsstaats, jeder Feind des Armutstaats muss von unserem Kampf erfasst werden. Verbunden mit unserer Wahlarbeit für ein arbeitsfähiges, jeder Art der Diktatur abwehrendes Parlament der Freiheit geht die Werbung für die direkte Aktion des Volkes.

Unsere Parole lautet: "Kampf der kapitalistischen Offensive! Baut auf den Staat der Arbeit, des Wohlstandes und der Freiheit!"

SPD. Paris, 12. September (Eig. Dr.)

Der Londoner Korrespondent des "Temps" meldet über die Haltung der englischen Regierung zu den in dem deutschen Militärmemorandum aufgeworfenen Fragen u.a. folgendes:

"Die abwartende Haltung, die die englische Regierung bisher eingenommen hat, darf nicht, wie es in einigen deutschfreundlichen englischen Zeitungen geschehen ist, in dem Sinne ausgelegt werden, dass England die deutschen Forderungen zu ermutigen geneigt ist. Im Gegenteil ist man in gut informierten Kreisen der Ansicht, dass diese Forderungen in unglücklicher Form und in einem ungünstigen Augenblick formuliert worden sind. Aber da die Frage einmal aufgeworfen ist, sucht man ein Mittel, sie in gutem Glauben und in einer Art zu lösen, die die Aufrechterhaltung der internationalen Zusammenarbeit in Genf ermöglicht. Besonders die Aussicht der Nichtbeteiligung Deutschlands an der Abrüstungskonferenz, der vielleicht der Austritt aus dem Völkerbund folgen wird, scheint die englische Regierung zu beunruhigen. Ihr Hauptgrundsatz in der Aussenpolitik bleibt die Zusammenarbeit aller Mächte für die Sicherung der Ordnung und des Friedens."

SPD. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Montag nach der Auflösung des Reichstags zu der durch den Auflösungsakt der Reichsregierung geschaffenen Lage Stellung.

Von dem Schreiben des Abg. Löbe als Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses an den Reichstagspräsidenten Göring wurde zustimmend Kenntnis genommen. Einstimmigkeit bestand darüber, dass die Sozialdemokratische Fraktion sich nicht dazu hergeben dürfe, die verlogenen Manöver der Nationalsozialisten mit der Verfassung irgendwie zu unterstützen. Die Sozialdemokratische Fraktion wird den Kampf gegen die Regierung Papen und gegen jede Koalition, die

dem Volke eine einseitige Partei- und Gewaltherrschaft aufzwingen will, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln weiter führen. Aus diesem Grunde hat die Fraktion in der Montagsitzung des Reichstags dafür gesorgt, dass die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Notverordnung, sowie die von ihr und den Kommunisten gestellten Misstrauensanträge sofort auf die Tagesordnung gesetzt und über sie abgestimmt wurde.

Am Dienstag vormittags 10 Uhr hält die Sozialdemokratische Fraktion eine neue Sitzung ab.

+ + +

Die für Montag-Nachmittag 5 Uhr in Aussicht genommene Sitzung des Ältestenrats des Reichstags ist abgesagt worden. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ältestenrats hätten sich an dieser Sitzung nicht beteiligt, weil sie die Auffassung vertreten, dass der Ältestenrat durch die Auflösung mitbetroffen worden ist. Da auch die Vertreter der Zentrumsfraktion dem Reichstagspräsidenten gegenüber erklärt hatten, dass nach ihrer Ansicht der Reichstag nicht mehr vorhanden sei, hat sich Präsident Göring veranlasst gesehen, auch die für Dienstag in Aussicht genommene Sitzung des Reichstags absagen zu lassen

SPD. Paris, 12. September (Eig. Drahtb.)

Die Verteidiger Gorgulows sprachen am Montag bei dem Präsidenten der Republik für Begnadigung ihres Klienten vor. Der Präsident hat die Begnadigung Gorgulows jedoch abgelehnt.

SPD. Die jüngsten Vorgänge im Reichstag haben einige verfassungsrechtliche Fragen aufgerollt, die für die weitere staatspolitische Lage von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung kann der Reichspräsident den Reichstag auflösen, aber nur einmal aus dem gleichen Anlass. Die Auflösung des Reichstags im Juni dieses Jahres erfolgte, weil die Zusammensetzung des Reichstags angeblich nicht mehr dem Volkswillen entsprach. In der neuesten Auflösungsverfügung ist als Anlass die Gefahr der Aufhebung einer lebenswichtigen Verordnung des Reichspräsidenten bezeichnet. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, dass in beiden Fällen nicht der angegebene Grund massgebend war, sondern dass den eigentlichen Anlass der Wille des Reichspräsidenten bildete, die Regierung von Papen gegen eine Misstrauenskundgebung des Reichstags zu schützen. Jedenfalls verstösst es aber gegen den Sinn und Geist der Weimarer Verfassung, wenn der Reichspräsident die Ausübung verfassungsmässiger Rechte des Reichstags (insbesondere das Verlangen des Reichstags, eine Verordnung nach Art. 48 RV. ausser Kraft zu setzen oder der Regierung das Vertrauen zu entziehen) durch Auflösung verhindert. Das würde in der Konsequenz schliesslich dazu führen, dass der Reichstag durch die Diktaturgewalt des Reichspräsidenten gänzlich ausgeschaltet und ersetzt werden könnte.

Von dem nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten ist am Montag im Reichstag die Auffassung vertreten worden, dass die Auflösung deshalb unwirksam sei, weil er die Auflösungsverfügung dem Reichstag erst nach dem Beschlusse des Reichstags, der Regierung von Papen das Vertrauen zu entziehen, bekannt gegeben habe und ein gestürzter Reichskanzler die Auflösung des Reichstags nicht mehr gegenzeichnen könne. Die Rechtswirkung der Auflösung tritt ein, wenn sie dem Reichstag zugegangen ist. Auch die öffentliche Bekanntmachung der Auflösungsverfügung ist, in der Praxis wenigstens, mehrmals als rechtsgültige Auflösung hingenommen worden. Für die rechtliche Wirksamkeit der Auflösung ist es nicht erforderlich, dass der "Empfänger" von der Verfügung

Kenntnis nimmt. Er könnte sonst durch Verzögerung der Kenntnisnahme, z.B. Verweigerung der Annahme eines eingeschriebenen Briefes den Eintritt der Rechtswirksamkeit beliebig hinausschieben.

Gleichviel wie man sich zu der Rechtmässigkeit der Auflösung stellt, der Reichstag hat nach der Verfassung nicht das Recht, zur Entscheidung über Verfassungsstreitigkeiten zwischen ihm und der Reichsregierung oder dem Reichspräsidenten etwa den Staatsgerichtshof anzurufen. Der Kampf zwischen Reichstag und Reichsregierung ist deshalb ein reiner Machtkampf geworden, der durch die Neuwahlen ausgetragen wird. Erst der neugewählte Reichstag hat, wenn er die Auflösung des alten für verfassungswidrig hält, nach Abs. 59 der RV. die Möglichkeit, den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister wegen schuldhafter Verfassungsverletzung vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen. Ein solcher Antrag auf Erhebung der Anklage muss von mindestens 100 Mitgliedern des Reichstags unterzeichnet sein und bedarf der Zustimmung der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit. Ob die neuen Hüter der Verfassung, die Nationalsozialisten, einen solchen Antrag unterstützen werden, lässt sich bei der Jugend ihrer Verfassungstreue nicht voraussagen.

+ + +

Am Dienstag-Vormittag tritt der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung und Dienstag-Nachmittag der Auswärtige Ausschuss des Reichstags zusammen.

SPD. München, 12. September (Eig. Dr.)

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz bezeichnet die Auflösung des Reichstags als einen schwarzen Tag in der deutschen Geschichte. Die Tatsache eines neuen Wahlkampfes bedeute für Volk, Staat und Wirtschaft ein schweres Unglück vor allem deswegen, weil im Hexenkessel eines neuen Wahlkampfes kein Gesundungstrank für die deutsche Wirtschaft gebraut werden könne. Die Verhinderung dieser Auflösung mit allen ihren unabsehbaren Folgen sei das Ziel der Politik der bayerischen Volkspartei gewesen, aber die Regierung Papen habe grundsätzlich dafür kein Verständnis aufbringen wollen, sobald die unabänderliche Tatsache feststand, dass zwischen dieser Regierung in ihrer heutigen Zusammensetzung und der einzigmöglichen Reichstagsmehrheit kein innerer Kontakt herzustellen war. Die für die Regierung Papen vernichtende Abstimmung sei deshalb auch als eine Demonstration gegen die Behandlungsmethode von Seiten der Regierung zu erblicken, die eine Volksvertretung einfach nicht ertragen könne.

SPD. Der Gesetzentwurf über Aufhebung einer Verordnung des Reichspräsidenten betreffend sozialpolitische Massnahmen lautet :

Der Reichstag hat auf Volksbegehren das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1.

Der zweite Teil "Sozialpolitische Massnahmen" der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 (Reichsgesetzblatt Teil I, Nr. 57, S. 428 folgende) wird mit Wirkung vom 4. September 1932 ausser Kraft gesetzt.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt mit der Verkündung in Kraft.

SPD. Darmstadt, 12. September (Eig. Dr.)

In Anbetracht der Auflösung des Reichstages ist nunmehr auch die Auflösung des hessischen Landtags zu erwarten. Die Sozialdemokratische Fraktion beschloss am Montag-nachmittag, alsbald einen entsprechenden Antrag einzubringen. Bei den gegenwärtigen Stärkeverhältnissen im Landtag kann mit der Annahme des Antrages gerechnet werden, auch wenn die Nationalsozialisten dagegen stimmen sollten.

SPD. Mit Hindenburg - für Deutschland, kommandierte am Montag Abend Herr von Papen am Schlusse seiner Wahlrede im deutschen Rundfunk. ER, der Reichskanzler, hatte aber wohl selbst das Gefühl, dass laute Töne, ab und zu vermischt mit schmelzenden und schmalzigen Worten noch lange nicht genügen, um einen Reichstag hervorzubringen, der ihm gnädiger gesinnt sei, als der oben beseitigte.

Deshalb liess der Führer der Barone alle Schutzheiligen aufmarschieren, deren er habhaft werden konnte. "ICH, der Reichskanzler", MIR, dem Reichskanzler.. ICH ... ICH ... so klang es immer wieder, um die erstaunten Hörer und Wähler stets aufs neue zu überzeugen, dass in der Tat ein deutscher Reichskanzler zu ihnen spreche und nicht der Mann im Mond! Jawohl, der Herr Reichskanzler von Papen, der sich in dieser Rede als der nationalste aller Nationalen pries, als der Frömmste aller Frommen, als der braunste aller Nazibraunen, der zentriemlichste aller Zentrumsleute, als der grösste Bolschewisten- und Marxistenfresser, der Adeligste unter allen Baronen und zugleich der sozialste unter allen Sozialen.

Alle diese Eigenschaften schienen IHM, dem Reichskanzler, aber die Rede noch nicht genügend gewürzt und den Erfolg noch nicht vollends zu verbürgen. Und so musste noch ein Bismarck her, den ER, der kleine Reichskanzler, als seinen grossen Vorgänger bezeichnete. Ja, der liebe Gott selbst durfte nicht fehlen, und Herr v. Papen bewies mit kraftvoller Stimme, wie eng er auch mit den himmlischen Mächten verbündet ist. ER, der Reichskanzler, schloss: Mit Hindenburg - für Deutschland!

Im Bunde mit IHM, dem Reichskanzler, sind 32 deutschnationale Abgeordnete, 32 Abgeordnete von 607. Und die marschierten am 13. April bei der Reichspräsidentenwahl nicht mit sondern gegen Hindenburg, also gegen Deutschland.

SPD. Die Antwort der französischen Regierung auf das deutsche Militäre Memorandum ist am Montag abend veröffentlicht worden. Frankreich lehnt darin jede deutsche Aufrüstung grundsätzlich ab und erklärt, dass die Entscheidung über die Pläne der Regierung Papen allein beim Völkerbund liege.

In der Antwort wendet sich die französische Regierung zunächst gegen die Behauptung der Reichsregierung, dass die Ergebnisse der Abrüstungskonferenz möglicherweise unbefriedigend bleiben würden. Frankreich selbst habe wiederholt seinen Willen zur Herabsetzung der Rüstungen bewiesen. Seine grundsätzliche Auffassung sei, dass man nicht nach der Aufrüstung einzelner streben dürfe, sondern nach einer kontrollierten allgemeinen Abrüstung. Wörtlich heisst es dann in der Note:

"Wenn die Deutsche Regierung sich für berechtigt erklären wollte, ihren eigenen Rüstungsstand unter Berufung darauf zu ändern, dass von dem jetzt in Vorbereitung stehenden Abkommen nur unzureichende Ergebnisse zu erhoffen seien, so würde sie nicht nur den klaren Verpflichtungen aus dem von ihr unterzeichneten Verträge zuwiderhandeln, sondern sie würde durch ihre Haltung auch die künftige Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung, wie sie sie ihrer eigenen Erklärung nach wünscht, unmöglich machen. Das Ziel ist, zu einem Abkommen

zu gelangen, das den Völkern wirkliche Friedensgarantien bietet und eine Erleichterung ihrer Lage ermöglicht. Wenn Deutschland die Absicht hat, gemeinsam mit Frankreich wie mit anderen Staaten an diesem Werke zu arbeiten, über dieses Werk zu verhandeln und Besprechungen darüber zu führen, so ist nichts berechtigter, nichts wünschenswerter als das."

In der Note wird schliesslich der Anspruch Deutschlands auf nationale Sicherheit anerkannt und gesagt, dass Frankreich nicht nur bereit sei, etwaige Anregungen Deutschlands zu prüfen, sondern es um solche Anregungen ebenso wie die der übrigen Staaten bittet. Nichts würde ihm zur Befriedung der Welt zweckmässiger erscheinen als ein Zusammenwirken zweier grosser Länder, die sich im Bestreben nach dem Wohle aller finden und späterhin gemeinsam der Dank der Nationen ernten würden. Wenn Deutschland jedoch eine allgemeine Aktion durchzuführen wünsche, so nicht auf dem Boden der Abrüstungskonferenz. Einmal, weil die Forderung Deutschlands dem Ziele dieser Konferenz und seinem Wesen nach direkt zuwiderlaufe und zum anderen, weil an dieser Konferenz Vertreter von Nationen beteiligt seien, die an den Friedensverträgen nicht beteiligt wären. Die Entscheidung liege allein beim Völkerbund. Frankreich könne den Verpflichtungen, die es ihm gegenüber eingegangen habe, nicht zuwiderhandeln und es behalte sich vor, vor dem Völkerbund die Gründe darzulegen, die es hindere, einer Wiederaufrüstung Deutschlands zuzustimmen.

Die Note schliesst: "Alles in allem macht die Französische Regierung angesichts des deutschen Wunsches nach Befriedung, den wir teilen, auf die Gefahr aufmerksam, die sich für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft aus Massnahmen ergeben würde, die früher oder später zu einer Wiederaufnahme des Wettrüstens und einem Wiederaufleben des Militarismus führen können. In Lausanne hat Frankreich eingewilligt, im allgemeinen Interesse Opfer zu bringen, was unparteiliche Beurteiler anerkannt haben. Es glaubt, dass es bei Wahrung der eingegangenen Verpflichtungen ihm möglich ist, mit Deutschland nach einem neuen Rechtszustand zu suchen, jedoch nicht durch Rückkehr auf den alten Weg der Vorbereitung zum Kriege, sondern durch Fortschritte in der Organisation des Friedens."

SPD. Wenn die Rede, die ER, der Reichskanzler, im Reichstag vortragen wollte, den Zweck haben sollte, mit ihren scharfen Wendungen gegen die Demokratie und die Reichsverfassung, mit ihrem Appell an den Kapitalismus und an das Christentum eine Mehrheit hinter das Kabinett von Papen zu bringen, so hat sie durch die bekannten Vorgänge im Reichstag ihren Zweck verfehlt.

Wenn die Reichsregierung sich aber dem Glauben hingibt, dass diese Rede im Volke Begeisterung für das Kabinett der Barone und seine Ziele erwecken werde, so unterliegt sie einer gewaltigen Täuschung. Namentlich das arbeitende Volk wird auf diese Rede, die ein Bekenntnis zum Kapitalismus darstellt, antworten mit dem entschiedensten Willen zur Verteidigung seiner Rechte und mit dem Willen zum Kampf gegen alle reaktionären und verfassungsfeindlichen Bestrebungen! Nur eine dünne Schicht des deutschen Volkes wird es sein, die diese Rede mit Begeisterung aufnehmen wird. Jene Schicht des Herrentums, das zur Herrschaft über das Volk gelangen will und diese Herrschaft auch verfassungsmässig stabilisieren will!

Herr von Papen hat sich in seiner Programmwelt als die Stimme der Nation, als den Vollstrecker des wahrhaft deutschen Volkswillehs hingestellt. Es ist sein Unglück, dass diese Rede gehalten worden ist, nachdem die Abstimmung im Reichstag zustande gekommen ist. Mit 513 gegen 32 Stimmen haben die Reichstagsabgeordneten sich gegen das Kabinett von Papen, wie gegen seine Pläne erklärt. Wie immer es auch um die Rechtsgültigkeit dieser Abstimmung und um die Frage steht, ob sie staatsrechtliche Wirkungen haben wird, so hat sie dennoch ihre gewaltige Bedeutung als Willensdemonstration gegen Papen und seine Freunde!

Wer angesichts dieser Willenserklärung sich fernerhin als den wahren Vertreter der Nation und des Volkswillens bezeichnet, der muss die Absicht haben, auf diktatorischem Wege seinen Willen über den Volkswillen zu setzen, der sich auf diesem verfassungsmässigen Wege kundgetan hat.

Es war zu erwarten, dass die Programmerkklärung des Herrn von Papen eine Kampferklärung sein wird gegen alles, was wir seit Jahrzehnten vertreten und erkämpft haben. Eine Kampferklärung gegen das Recht der Arbeit, wie es unseren Anschauungen entspricht, gegen die politische Freiheit des Volkes im Rahmen der demokratischen Verfassung, die wir geschaffen haben, gegen unsere Auffassung von Volkssouveränität und vom freien staatlichen Leben eines Volkes in dem Rahmen, den es sich selbst gesetzt hat!

Wir werden auf diese Kampferklärung mit Kampf antworten! Wir werden ihn zunächst führen bei den kommenden Wahlen. Wir warnen die Reichsregierung auf das eindringlichste vor dem Gedanken, den verfassungsmässigen Termin der Neuwahlen nicht einzuhalten! Wir werden den Kampf führen im Volksbegehren und Volksentscheid gegen die Notverordnung der Regierung von Papen. Wir werden nicht dulden, dass diese Regierung sich zum Herrn über Deutschland aufwirft, ohne vom Volke dazu eine Legitimation zu besitzen.

SPD. Auf Grund der endgültigen amtlichen Feststellung über das Ergebnis der namentlichen Abstimmung des Reichstags am Montag sind für den Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September und gleichzeitig für das Misstrauensvotum gegen das Kabinett Papen 512 Stimmen abgegeben worden. Gegen die Anträge stimmten 42 Abgeordnete, nämlich 35 Deutschnationale und die sieben Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Von den Deutschnationalen hat sich der Abgeordnete Dr. Spahn der Stimme enthalten. Ferner haben sich der Stimme enthalten die drei Abgeordneten des Christlichsozialen Volksdienstes Behrens, Schmidt-Westfalen und Simpfendorfer sowie der Abgeordnete der Volksrechtspartei Bausier-Stuttgart, sodass sich im ganzen fünf Stimmenthaltungen ergeben. Ueberhaupt nicht an der Abstimmung teilgenommen haben die vier Mitglieder der Staatspartei, die zwei Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei und die zwei Wirtschaftsparteiler.

SPD. Die Harzburger Bundesgenossen Hitlers, die Deutschnationalen, haben am Montag nach der Auflösung des Reichstags eine Erklärung veröffentlicht, in der sie nach heftigen Angriffen gegen die Nationalsozialisten erklären:

"Wir Deutschnationale werden uns nach wie vor für die autoritäre Staatsführung des Reichspräsidenten von Hindenburg gegen Parlament und Parteiherrschaft einsetzen."

Die Herrschaft einer deutschnationalen Minderheit - das ist die "autoritäre Staatsführung" der Hugenbergianer. Und wie diese "autoritäre Staatsführung" aussieht, so sind ihre Träger. Sie sind deutschnational. Ihr Parteilbuch haben sie erst aufgegeben seit sie in Amt und Würden sind. Ihre Gesinnung ist geblieben - und die ist deutschnational!

SPD. Schwerin, 12. September (Fig. Dr.)

Der Oberbefehlshaber der Braunen Armeen beabsichtigt jetzt ebenfalls einen Teil seiner Truppen öffentlich zu zeigen.

Als Gelände ist die Gegend um Wittenburg im naziregierten Mecklenburg-Schwerin auserwählt. Achttausend aus allen Teilen Deutschlands zusammengezogene SS-Leute in schwarzen Uniformen, also die Hitler-Elite, sollen dort am

14., 15. und 16. Oktober manövrieren und paradieren. Die Nationalsozialisten erklären, dass dieses Manöver mit einer Grosszügigkeit vorgesehen sei, wie es nur im Vorkriegsdeutschland möglich war. Am letzten Manövertag sollen die Formationen der SS in Schwerin einmarschieren, wo Hitler die grosse Parade abnehmen wird in Gegenwart aller Reichsführer der Schutzstaffeln, sowie aller politischen Leiter und sämtlicher höheren SS- und SA-Führer. Röhm, der ebenfalls in Schwerin anwesend sein wird, soll den SS-Leuten während der Parade eine besondere Nummer vorgeführt werden.

Es verlautet, dass als Ehrengäste einige Vertreter der "Schwarzen Pest" geladen sind und zwar insbesondere die Herren, mit denen sich Hitler und Genossen wochenlang in Berlin in freundschaftlicher Weise über die Verteidigung der Verfassung und andere Dinge unterhalten haben.

SPD. In seiner Rundfunkrede kündigte Herr von Papen am Montag-Abend u.a. eine Reform der Verfassung an. Die Regierung beabsichtige, dem deutschen Volk einen Entwurf (Volksentscheid) vorzulegen, der auf Grund der Erfahrungen der Geschichte für lange Zeit die Grundlage des staatlichen Lebens sichern solle. Hand in Hand damit müsse die Reichsreform gehen, die jetzt in Preussen eingeleitet sei. Die Reichsregierung verfolge einen einheitlichen und folgerichtigen Plan. Sie betrachte sich als Vollstreckerin eines nationalen Willens der dem eigentlichen und wahren Volkswillen entspreche. Sie würde ihre Pflicht gegenüber der Nation verletzen, wenn sie davon absehen würde, um einer parteipolitischen Koalition Platz zu machen. Sie sei unerschütterlich entschlossen, ihren Weg bis zum Ende zu gehen.

Die nationalsozialistische Partei beabsichtigt die Einleitung eines Volksbegehrens auf Absetzung des Reichspräsidenten von Hindenburg.

SPD. Die Reichstagsfraktion der Zentrumspartei bezeichnet die Reichstagsauflösung als eine schwere Schädigung von Volk und Wirtschaft. Sie hätte vermieden werden können und müssen. Die Reichsregierung habe jedoch alle dahingehenden Bestrebungen des Zentrums vereitelt. Die Reichstagsauflösung entspreche weder dem Wortlaut noch dem Geist der Verfassung.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Deutscher Reichstag

2. Sitzung vom 12. September, 3 Uhr nm.

SPD. Die Tribünen, auch die Diplomaten-Loge, sind bis auf den letzten Platz besetzt. Am Tisch der Reichsratsbevollmächtigten sitzt an der ersten Stelle wie früher, der durch den Reichskommissar seines Amtes enthobene preussische Ministerialdirektor Dr. Badt. Die Mitglieder des Reichskabinetts sind vollzählig erschienen.

Reichstagspräsident Göring eröffnet um 3 Uhr die Sitzung und verkündet das bereits mitgeteilte Ergebnis der Schriftführer-Wahl. Es sind unter den Schriftführern dieses Reichstags keine Sozialdemokraten und keine Kommunisten. Der Präsident teilt weiter mit, dass an die Stelle des ausgeschiedenen Abg. Lohse (Nat. Soz.) der Abg. Backhaus (Nat. Soz.) getreten ist. Er gibt dann die Konstituierung der Reichstagsausschüsse bekannt.

Zur Geschäftsordnung begründet Abg. Torgler (Komm) eine Änderung der Tagesordnung. Seit der letzten Sitzung sei jene Notverordnung erschienen, die die Arbeiterschaft zugunsten der Besitzenden in schlimmster Weise belaste. Das Schicksal der Arbeiterklasse dürfe nicht abhängig gemacht werden von den Verhandlungen über das Schicksal des Reichstags. Früher hätten die Nationalsozialisten so etwas "Kuhhandel" genannt. Von den Kommunisten werde darum beantragt, auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung zu setzen und ferner die Abstimmung über den Misstrauensantrag gegen die Regierung. Sollte, wie zu erwarten, diesem Antrag widersprochen werden, so beantragten die Kommunisten sofortige Anberaumung einer neuen Sitzung für heute.

Abg. Löbe (Soz) beantragt, als zweiten Punkt auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung zu setzen. Es sei ja sicher, dass der deutschnationale Fraktionsführer dem kommunistischen Antrag widersprechen werde.

Präsident Göring richtet nun an das Haus die Frage, ob dem kommunistischen Antrag widersprochen wird.

Von keiner Seite kommt Widerspruch. Diese überraschende Wendung wird mit Bewegung und Heiterkeit aufgenommen, denn damit wäre die sofortige Abstimmung über Notverordnung und Misstrauensantrag beschlossen.

Abg. Dr. Frick (Nat. Soz.) beantragt, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu unterbrechen. Dieser Antrag wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten und des Zentrums angenommen.

In der zweiten Sitzung stellt Präsident Göring fest, dass ein Widerspruch gegen die Erledigung des kommunistischen Antrages nicht erfolgt und die Tagesordnung damit geändert sei. Wir kommen sofort zur Abstimmung über die kommunistischen Anträge.

Reichskanzler v. Papen, der bei seinem Wiedererscheinen im Saal demonstrativ eine rote Mappe unter dem Arm trug, meldete sich darauf zum Wort.

Präsident Göring wies die Wortmeldung mit dem Bemerkten ab, dass das Haus schon in der Abstimmung sei. (Sturm. Beifall.)

Der Reichskanzler öffnet darauf die Mappe und überreicht dem Präsidenten das Blatt mit der Auflösungsorder, die Präsident Göring jedoch nicht entgegennimmt. Der Präsident stellt nochmals fest, dass das Haus jetzt abstimme, und zwar gleichzeitig über alle Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen und über die Misstrauensanträge gegen die Reichsregierung.

Der Reichskanzler legt das Blatt auf den Präsidentenplatz und verlässt mit dem gesamten Kabinettt den Saal. Von den Kommunisten ertönen laute Rufe: Nieder mit der Regierung Papen!

Unter grosser Unruhe wird die Abstimmung durchgeführt. Nein-Karten werden nur von den Deutschnationalen abgegeben. Um Punkt 4 Uhr verkündet Präsident Göring das Ergebnis der Abstimmung: Abgestimmt worden ist über die verbundenen beiden Anträge, die Notverordnung aufzuheben sowie dem gesamten Kabinett Pápen das Misstrauen auszusprechen. Abgegeben wurden 550 Karten. Davon haben sich fünfzig der Stimme enthalten, 32 Abgeordnete mit nein gestimmt, 513 mit ja. (Lebhafter Beifall im ganzen Hause, Händeklatschen bei den Natsoz. und Kommunisten.)

Präsident Göring: Die Abgeordneten Dr. Oberföhren und Torgler haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Ich erteile jetzt das Wort zur Geschäftsordnung nicht. Nachdem bereits die Abstimmung begonnen hatte, hat der Reichskanzler um das Wort ersucht. Nach der Abstimmung hätte ich, gemäss der Verfassung, dem Herrn Reichskanzler das Wort erteilen müssen. (Rufe bei den Dnat.: Jederzeit müssen Sie ihm das Wort erteilen!). Während der Abstimmung hat mir der Herr Reichskanzler ein Schreiben überreicht, das nunmehr, da es gegengezeichnet ist von dem Herrn Reichskanzler und dem Reichsinnenminister, die durch das soeben angenommene Misstrauensvotum als gestürzt zu gelten haben, hinfällig geworden ist. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit) Das Schreiben lautet:

"Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages, 12. September 1932. Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, dass der Reichstag die Aufhebung meiner Notverordnung beschliesst." (Lachen bei den Natsoz.)

Meine Damen und Herren, ich nehme hier den Standpunkt ein, dass vorläufig dieses Schreiben keine Gültigkeit hat (Rufe bei den Komm.: Papierkorb!), da die Gegenzeichnung von einem Ministerium erfolgt ist, das durch die Volksvertretung soeben mit überwältigender Mehrheit gestürzt worden ist. (Die Deutschnationalen verlassen geschlossen den Saal.) Der Sturz des Kabinetts war ebensowenig überraschend wie die beabsichtigt gewesene Auflösung des Reichstages. Die Absicht einer Reichstagsauflösung wurde bereits unterstrichen, wie ich zu meinem Bedauern feststellen muss, durch das Verhalten des Reichstags-Vizepräsidenten Graef anlässlich der Vorstellung des Reichstagspräsidiums beim Herrn Reichspräsidenten. Als das Reichstagspräsidium die Auffassung der Volksvertretung über die politische Lage dem Reichspräsidenten vortragen wollte, sagte der Herr Vizepräsident Graef, dass er nach der formellen Vorstellung des Präsidiums sich nicht weiter an einem Vortrage beteiligen wolle (anhaltende Unruhe b.d. Komm., die vom Präsidenten Göring wiederholt zur Ruhe ermahnt werden). Der Reichstags-Vizepräsident Graef hat sich dagegen ausgesprochen, dass der Reichspräsident zu dem parlamentarischen Brauch zurückkehrt und begrüsst vielmehr, dass nunmehr eine derartige Regierung, wie das Kabinett von Pápen, ins Amt berufen worden sei. Es war dies bereits der erste Versuch, das Ansehen des Reichstags herabzusetzen. Ich bin fest entschlossen, sowohl das Ansehen des Reichstags aufrechtzuerhalten, wie vor allem das Recht der deutschen Volksvertretung, gemäss der Verfassung weiterzuarbeiten, aufrechtzuerhalten (andauernde Lärm b.d. Komm.-Präsident Göring droht mit Ausweisungen aus dem Sitzungssaal).

Wir werden alle Schritte und Massnahmen treffen, um ein Auflösungsdekret, das von einer gestürzten Regierung gegengezeichnet wurde, die sich lediglich auf die verschwindende Anzahl von 32 Stimmen im gesamten Reichstag stützen kann wirkungslos gemacht wird, indem es vom Herrn Reichspräsidenten zurückgenommen wird. Dieses Dekret hat durch die Gegenzeichnung der gestürzten Regierung seine Gültigkeit verloren. (Händeklatschen b.d. Nat. Soz.)

Präsident Göring schlägt dann vor, die Sitzung für heute zu vertagen und das Reichstagsplenum morgen, Dienstag, wieder zusammentreten zu lassen mit einer Tagesordnung, die der Ältestenrat noch am Montag in einer besonderen Sitzung bald nach Schluss des Plenums festsetzen soll. - Schluss 4,10 Uhr.

Aus aller Welt

Reise im Osten.

Neues aus Lettland und Estland - Der lettische Hitler.

SPD. Riga, Mitte September (Eig. Ber.)

An einer Landstrasse bei Mitau in Lettland steht hinter dichtem Gebüsch versteckt ein Denkmal. Die Inschrift ist Deutsch:

Paul Petrowitsch, dem Selbstherrscher aller Reussen,
dem Wohltätigen 1797

von der Amalie von Driesen.

Dieser deutschen Dame hatte sich Zar Paul I. als wahrer Wohltäter erwiesen. Als sich der Selbstherrscher nach einer wahrscheinlich schönen Nacht erhoben hatte, soll er mit seiner Amalie ans Fenster gegangen sein und ihr zärtlich zugeflüstert haben: "Soweit Dein Auge sehen kann, gehört das Land von heute an Dir!" So entstand das Rittergut "Paulsgnade". Die Dame muss recht weitsichtig gewesen sein. Denn als die Letten ihre grosse Agrarreform durchführten, konnten sie das Gut in zweihundert Jungwirtschaften aufteilen. Solche durch die Agrarreform geschaffenen Jungwirtschaften umfassen in Lettland zwischen fünfunddreissig und hundert Morgen Land. Ausserdem belies man den Besitzern noch zwei- bis vierhundert Morgen ihres Gutes. Sietzigtausend neuer Bauernwirtschaften in Lettland, vierzigtausend in Estland - das ist der Erfolg der Bodenreform in diesen beiden Ländern.

+

Die früheren Rittergutsbesitzer waren zumeist Deutsche, und die Städte weisen eine starke deutsche Minderheit auf. Man kommt deshalb sehr gut mit der deutschen Sprache durch. Nur manche Städtenamen bereiten oft Schwierigkeiten. Man findet Städte, die von der Bevölkerung mit drei verschiedenen Namen bezeichnet werden. So heisst die estnische Stadt, die jetzt das dreihundertjährige Jubiläum ihrer Universität gefeiert hat, auf deutsch Dorpat, estnisch Tartu und russisch Jurjew. Oder Dünaburg heisst russisch Dwinsk, lettisch Daugavpils. Da die meisten Einwohner alle drei Sprachen sprechen, ist die Geografie für den Fremden nicht sehr einfach. Auch für die Schulkinder nicht, die nicht selten alle drei Sprachen lernen und in den höheren Schulen noch mehr. Die nationalen Minderheiten haben volle Schulautonomie, die Deutschen, die Russen und die Juden aber eigene Schulen.

+

Die nationale Autonomie erstreckt sich auf die gesamte Kulturarbeit. Nicht nur die Schulen, auch die Theater und andere Kultureinrichtungen der nationalen Minderheiten geniessen die Unterstützung des Staates. Dadurch wird es verständlich, dass eine Stadt wie Riga, mit nicht ganz vierhunderttausend Einwohnern, die stattliche Zahl von sieben Theatern aufzuweisen hat. Neben dem lettischen Schauspielhaus, Opernhaus, Künstlertheater gibt es ein lettisches Arbeitertheater, und dazu kommen noch je ein deutsches, russisches und jiddisches Theater. Ueberhaupt zeigen die Letten eine starke Leidenschaft für das Theater. - -:

Das lettische Theater hatte kürzlich in einer kleinen Stadt ein Gastspiel gegeben. Das begeisterte Publikum trug den Regisseur auf dem Schulter von der Bühne herunter. Dann warf man den Regisseur vor Freude jubelnd in die Luft und fing ihn wieder auf. Das ging zwei Mal glatt ab. Beim dritten Mal

wurde der Gefeierte nicht richtig aufgefangen, er stürzte zu Boden und zog sich so schwere Verletzungen zu, dass er im Krankenhaus starb. Der Beifall hatte ihn getötet.

Letland hat eine stark russifizierte Provinz: Lettgallen. Dort spricht man kaum Deutsch, aber auch Lettisch versteht nicht jeder. Fragt man einen Lettgaller, ob er kein Lette sei, dann sagt er bestimmt: "Nein - ich bin Katholik!" Er fühlt sich also durch religiöse Momente von den zumeist evangelisch-lutherischen Letten unterschieden.

Seit wenigen Tagen haben die Letten übrigens auch ihre Nazis. Es gibt eine "Lettische Nationalsozialistische Partei" ihre Hauptforderung, für die sie in Volksversammlungen wirbt, heisst "Letland den Letten!"; ihr Kampflied beginnt mit dem Satz: "Wir wollen Herr sein im angestammten Lande..." Der lettische Hitler - er heisst Stellmacher - fordert vor allem, dass alle Nichtletten in Letland, insbesondere auch die Juden, zu Staatsbürgern zweiter Klasse erklärt werden. Antidemokratisch ist man nur bedingt; eine nationale Diktatur soll nur im Falle unbedingter Notwendigkeit errichtet werden.

Die allgemeine Krise hat sich natürlich auch hier ausgewirkt. Jedoch sind in diesen ausgesprochenen Agrarstaaten die Arbeitslosenziffern nicht so enorm, wie in Industrieländern. Unter den Arbeitslosen Estlands gibt es eine ganz besondere Kategorie. Die Esten waren schon im alten russischen Reich als die besten Weinbrenner bekannt. Und sie haben es keineswegs verlernt, ihren Wodka, den "estnischen Weisswein", zu brauen. Der Volksmund sagt: wenn ein Ausländer nach dem Osten kommt, dann trinkt er in Litauen, wird in Letland angeheitert, betrunken in Estland und aus Finnland ausgewiesen. Das Letzte war allerdings nur richtig, solange Finnland die Prohibition hatte. Damals wurde viel von dem guten Schnaps Estlands nach Finnland geschmuggelt. Nachdem aber Finnland wieder nass geworden ist, sind die Spritschmuggler - arbeitslos. Da sich die öffentliche Fürsorge auf diese Kategorie von Arbeitslosen nicht erstreckt, widmeten sie sich dem Fischfang. Die estnische Regierung aber hielt die Schiffe mit dem Fang an und verlangte Verzollung der Fische, weil die Heringe in fremden Hoheitsgewässern gefangen wurden. - - Und das muss erfahrenen Schmugglern passieren!

J.B.

1,7 Jahre Zuchthaus! Die Marschner-Kammer des Sondergerichts Berlin verurteilte am Montag den 40 Jahre alten Arbeiter Wilhelm Rohde zu 1 Jahr sieben Monaten Zuchthaus. Rohde bekannte sich nicht schuldig. Sein Antrag auf Stellung eines Offizialverteidigers war abgelehnt worden! Ebenso hatte das Gericht die von dem Angeklagten beantragte Ladung des Hauptzeugen abgelehnt!

Der Hauptzeuge, den das Gericht nicht befragte, ist ein Stahlhelmer. Rohde soll am Stahlhelmtag diesen nicht einmal namentlich ermittelten Stahlhelmer in Tatgemeinschaft mit anderen Personen verfolgt, niedergedrissen und bedroht haben. Er war von Polizeibeamten zwar aus der Menge, die hier Landfriedensbruch beging, herausgeholt worden, behauptete aber seinerseits, dass er ohne seinen Willen in den Krawall hineingeraten und über den am Boden liegenden Stahlhelmmann gestolpert wäre. Er sei auf der Strasse gewesen, um Brot und Zigaretten zu kaufen. Allerdings habe er - was ihm die Anklage gleichfalls vorwirft - auf der Polizei geschimpft, aber erst nachdem ihm dort gesagt worden wäre: "Zehn Jahre Zuchthaus sind dir sicher, vielleicht sogar die Todesstrafe!" Als Zeugen waren drei Polizeibeamte geladen, nur einer von ihnen belastete den Angeklagten wesentlich.

500 000 Mark! Am Schlußtag der 39. Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie entfiel auf das Los Nr. 341 976 die 500 000 Mark-Prämie. In der ersten Abteilung wird das Glücksslos in Achtern in der Provinz Brandenburg, in der zweiten in Achtern in Westfalen gespielt.

+ + +
Holzgeld... Die Kärtner Landesregierung gibt bekannt, dass sie zur Bezahlung rückständiger Steuern anstelle von Bargeld auch Holz annimmt.

+ + +
Überwuchertes Dorf. In der Gegend von Stronberg (Hunsrück) wurde bei Ausgrabungsarbeiten der Rest eines Dorfes blossgelegt. Die vor 700 Jahren von ihren Bewohnern verlassene Siedlung war mit Verwitterungserde bedeckt und durch Gestrüpp völlig überwuchert.

+ + +
Rätselhafter Mord. Am Montag wurde am Oder-Bollwerk in Oderberg (Kreis Angermünde) der Leichnam des 19jährigen Heinz Schmidt aus Oderberg aufgefunden. Die Schädeldecke war eingeschlagen, die Gehirnschale zertrümmert; der Hinterkopf wies tiefe Risse auf. Allem Anschein nach liegt Mord vor. Da Schmidt jemals persönliche oder politische Auseinandersetzungen hatte, ist das Motiv des Verbrechens ebenso rätselhaft wie die Persönlichkeit des Täters.

+ + +
Der Todestank. Zwischen Köhnsen und Einbeck (Provinz Hannover) raste ein Privatauto gegen einen Baum; der Benzintank explodierte, der Wagen geriet in Brand. Von den beiden Insassen wurde einer tödlich, einer lebensgefährlich verletzt.

+ + +
Doppelmörder. Als Mörder des in Halle erschossenen Dr. Boes wurde in Duisburg der 35jährige Kaufmann Heinrich Becker aus Halle festgenommen. Auch in Duisburg hat sich Becker eines Mordes schuldig gemacht: er erschoss hier den Goldschmied Buchhol. In beiden Fällen bildet Eifersucht das Motiv der Tat. Im Jahre 1927 hat der Mörder in Halle von der gleichen Leidenschaft getrieben, seine Frau niedergeschossen. Er war damals deswegen zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren verurteilt worden.

+ + +
Vor dem Winkler-Start! Der Raketenbauer und Ingenieur Johannes Winkler hat die Erlaubnis, die von ihm erbaute Rakete auf der Greifswalder Oie abschiessen zu dürfen, von den staatlichen Stellen nicht erhalten. Er liess nunmehr seine Rakete nach Pillau transportieren. Von der Frischen Nahrung aus soll in der Zeit vom 20. bis 25. September mit Erlaubnis des Reichsverkehrsministeriums der Abschluss erfolgen.

+ + +
Was kostet Liebe? Das Gericht in Seattle (USA) verurteilte eine Feuerversicherung, einem jungen Mann für eine Anzahl verbrannter Liebesbriefe fünf pro-Stück zu zahlen. Der "Geschädigte" hatte 200 Dollar pro Stück verlangt.

+ + +
Die traurige Witwe. Eine 18jährige indische Witwe in Nadaun bei Lahore beging, unglücklich über den Verlust ihres Gatten, auf eigentümliche Weise Selbstmord; auf freiem Feld setzte sie sich den sengenden Sonnenstrahlen aus, ass nichts, trank nichts - schliesslich brach sie zusammen. Es war nicht möglich, sie ins Leben zurückzurufen.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Die Welt erwartet eine Tat.

Regierung und Vierzigstundenwoche.- Will sich Deutschland in Genf von Italien beschämen lassen?

SPD. Am Montag fand eine Besprechung des Reichsarbeitsministeriums mit den Gewerkschaften über die Haltung der Regierung auf der Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes statt, der in Kürze in Genf auf Veranlassung Italiens zur Klärung der Frage der internationalen Arbeitszeitverkürzung zusammentritt. Die Arbeitszeitverkürzung ist im Augenblick vielleicht der einzige Weg zu einer wirkungsvollen internationalen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Internationale Arbeitszeitverkürzung wäre ein Weltereignis.

Die Welt erwartet von Genf eine Tat. Die generelle Vierzigstundenwoche in ihren verschiedenen Formen, seit Jahren von den Gewerkschaften gefordert, seit Jahren als "wirtschaftspolitisch unmöglich" abgelehnt, steht heute im Mittelpunkt ernster nationaler und internationaler Debatten. Allmählich hat es sich doch herumgesprochen, dass die Arbeitslosigkeit auch dann noch nicht verschwunden sein wird, wenn wieder einmal bessere Zeiten gekommen sind, wenn eine neue Konjunktur einsetzt. Auch ausserhalb der Arbeiterschaft hat man erkannt, dass Technisierung, Maschirisierung und Rationalisierung einer Arbeitszeitverkürzung unvermeidlich gemacht haben. Ohne Arbeitszeitverkürzung wird die Arbeitslosigkeit chronisch bleiben. Demobilisierung der Arbeitslosen ist, wie die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Regierung zuruft, das Gebot der Stunde, wenn nicht die Völker an der Pest der Arbeitslosigkeit zugrunde gehen sollen. In Genf, auf der Tagung des Verwaltungsrates soll der Anfang dazu gemacht werden. Die Gewerkschaften haben naturgemäss ein sehr grosses Interesse, zu wissen, wie sich die deutsche Regierung zu den internationalen Verhandlungen in Genf stellt.

Die Haltung der Regierung steht noch nicht endgültig fest. Das Reichsarbeitsministerium wollte zunächst das Terrain abtasten. Es hat daher die Frage aufgeworfen, ob es nicht taktisch und praktisch besser wäre, in Genf die Verständigung über eine internationale Arbeitszeitverkürzung auf dem Weg über bestimmte einzelne Industriegruppen zu versuchen, bei denen am meisten Aussicht dafür bestehe. Also zunächst nicht die Vierzigstundenwoche ganz allgemein, sondern ähnlich wie in der Kohlenindustrie Einzelverständigung, z.B. in der Textilindustrie, im Maschinenbau, in der Keramik, in der Glasindustrie usw. In solchen Einzelindustriezweigen hätten die Experten zunächst eine internationale Verständigung für die Arbeitszeitverkürzung herbeizuführen.

Die Antwort der Gewerkschaften auf diesen Vorschlag lautete: was hier als taktisch und praktisch besser empfohlen wird, führt in Wirklichkeit am allerwenigsten zum Ziel. Wenn man in Genf etwas erreichen will, dann nur durch die Forderung der generellen Vierzigstundenwoche. Verhandlungen in einzelnen Gruppen sind keineswegs leichter und einfacher als der Versuch einer Allgemeinregelung; Einzelverhandlungen sind nicht weniger umständlich und zeitraubend. Die deutschen Einzelverhandlungen über Arbeitszeitverkürzung in bestimmten Berufen haben das zur Genüge erwiesen. Und wenn wirklich in dem einen

oder anderen Industriezweig tatsächlich eine Verständigung erzielt würde, so wäre damit praktisch noch immer nichts erreicht. Die Verschleppung der Ratifizierung des internationalen Arbeitszeitabkommens des Bergbaus sollte eine Warnung sein. Dieses Abkommen ist noch immer nicht ratifiziert. Der englische Arbeitsminister hat erklärt, er könne nicht ratifizieren, wenn nicht die anderen Kohlenländer ratifiziert hätten. Wir haben hier also das gleiche üble Spiel wie beim Washingtoner Abkommen. Der eine wartet auf den andern, und der Effekt ist: es geschieht gar nichts.

Der Weg der Einzelverständigung führt nicht ins Freie. Führt er nicht in neue Sackgassen, dann ist er jedenfalls bestimmt nicht leichter und nicht weniger steinig und dornig als der Weg über die allgemeine Einführung der Vierzigstundenwoche. Nur die allgemeine internationale Proklamierung der Arbeitszeitverkürzung hat zündende und fortreissende Kraft. Die Einführung des Achtsturentages in Deutschland im Jahre 1918 ist, wie die Gewerkschaften dem Arbeitsministerium gegenüber betonten, das beste Beispiel dafür, was wäre damals aus dem Achtsturentag geworden, wenn sich erst in den einzelnen Berufen die Experten zusammengesetzt hätten, um zu untersuchen, wo und wie in den einzelnen Branchen der Achtsturentag möglich sei? Nur die allgemeine Proklamierung des Achtsturentages schlug Bresche durch die Interessen und Vorurteile. Nur so wurde etwas erreicht, und auch nur so kann in Genf etwas erzielt werden.

Mut, nur Mut - das war die Antwort der Gewerkschaften auf die von den Ueberschlaunen im Kreis der Regierung empfohlenen Taktik der Halbheiten. Die Regierung müsse Mut haben, wenigstens so viel Mut wie Italien.

Wird die Regierung den Appell der Gewerkschaften beherzigen? Nur Leute, die mit Scheuklappen in der Welt herumlaufen, sehen nicht die Zeichen der Zeit. Eine Regierung, die weiter blickt, kann nicht mit den Ewiggestrigen Politik machen. Will sich Deutschland in Genf von Italien beschämen lassen? Die Idee der Arbeitszeitverkürzung marschiiert. Die furchtbare Tatsache, dass heute allein in den modernen Industriestaaten 25 und mehr Millionen arbeitswillige Menschen keine Arbeit und kein Brot haben, zwingt zu durchgreifenden Entschlüssen, und die Welt wird über die Regierungen, die sich der Arbeitszeitverkürzung in den Weg stellen, hinweggehen. Noch schreit es aus dem Unternehmerlager, wie es vor 80 Jahren schrie, als der Arbeiter am Zwölfsturentag rüttelte, oder vor 30 Jahren, als er den Zehnsturentag beseitigen wollte, oder im Jahre 1923, damit die damalige deutsche Regierung den Achtsturentag wieder zerschlug. Aber die Vierzigstundenwoche kommt. Sie kommt trotz des Geschreis der Unbelehrbaren. Eine kluge Regierung tut rechtzeitig, was sie doch tun muss.

SPD. Millionen Arbeiter wissen nicht, welch schwere und erbitterte, jahrzehntelange Kämpfe der Gewerkschaften es gekostet hat, das kollektive Arbeitsrecht aufzubauen. Vereinigungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Tarifvertrag, Mitbestimmungsrecht der Belegschaften durch die Betriebsräte, Arbeitsgerichtsbarkeit - all das musste erst errungen werden, um die Gleichberechtigung der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern und die Anerkennung der Gewerkschaften durch den Staat zu gewährleisten. Auf diesen Errungenschaften allein beruhen heute die Arbeiterrechte. Jeder denkende Arbeiter müsste daher von dem kollektiven Arbeitsrecht einen Begriff haben. Da fehlt es aber noch sehr weit. Die Sozialreaktion wäre heute nicht an der Macht, wenn sich die Arbeiterschaft in ihrer grossen Masse über die Bedeutung des kollektiven Arbeitsrechts für die Gewährleistung ihrer Menschenrechte klar wären.

Um diesem Uebelstand abzuhelpen, hat die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin S. 14. Inselstr. 6a) ein Buch

"Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht" herausgegeben. Es stammt aus der Feder von Clemens Nörpel, dem Arbeitsrechtler des ADGB, und Kurt Gusko, dem Lehrer für Arbeitsrecht an der Bundesschule in Bernau. Das Buch ist 174 Seiten stark und kostet in Leinen gebunden 3,50 Mark (Organisationspreis 2,60) Wir kommen auf diese beachtenswerte Neuerscheinung zurück.

SPD. Der Zentralvorstand und die Zentralverwaltung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten haben in ihrer Stellungnahme zu der durch die jüngsten Notverordnungen der Papenregierung geschaffenen Situation nach scharfer Kritik an den wirtschafts- und sozialpolitischen Unmöglichkeiten des Regierungsprogramms einmütig zum Ausdruck gebracht, dass es angesichts solcher Massnahmen und Versuche ein Paktieren mit dieser Staatsgewalt seitens der Gewerkschaften nicht mehr geben könne. Ein solcher Rechtsraub berechtige vielmehr nicht nur die Gewerkschaften, sondern verpflichte sie, den Widerstand gegen die Durchführung dieser Notverordnung mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln zu organisieren und zu führen. Wenn die Reichsregierung unter Missachtung eindeutiger Grundrechte der Verfassung die Unternehmer von der Innehaltung ihrer tarifvertraglichen Verpflichtungen befreie, dann seien auch die Gewerkschaften frei zur Ergreifung aller Massnahmen für die Erhaltung und Durchführung der Tarifverträge und des gesamten kollektiven Arbeitsrechts. Das kollektive Arbeitsrecht sei der Ausdruck des demokratischen Mitbestimmungsrechts der Arbeiterschaft im bürgerlichen Staat. Werde, wie es jetzt geschehe, seine Zerstörung von der Staatsgewalt versucht, dann hätten die Gewerkschaften in dieser historischen Stunde die Aufgabe, sich schützend vor die bedrohten Grundrechte der Arbeitnehmerschaft zu stellen.

Die Zentralverwaltung des allgemeinen Verbandes der Bankangestellten begrüsst es, dass sie sich in dieser grundsätzlichen Haltung in Übereinstimmung mit der Stellungnahme der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen befindet. Sie ist, wie sie in ihrer einstimmig beschlossenen Willenskundgebung gegenüber dem neuen politischen Kurs nachdrücklichst betont, gewillt, nach diesen Grundsätzen im Bankgewerbe zu verfahren, wenn Bankbetriebe den Versuch machen sollten, von den Ermächtigungen der Notverordnung Gebrauch zu machen.

SPD. Die Verhandlungen in dem Lohnkonflikt der westsächsischen Textilindustrie, die am Montag vor dem Schlichter stattfanden, wurden bis Donnerstag vertagt.

SPD. In der Schweiz fanden Massenkundgebungen der Arbeiterschaft statt. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hatte sie einberufen, um gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung, vor allem gegen ihre Pläne auf Abbau der Löhne des eidgenössischen Personals, Protest zu erheben. Die Kundgebungen waren ausserordentlich stark besucht.

SPD. In Frankreich ist in der vergangenen Woche die Zahl der amtlich unterstützten Arbeitslosen von 264 253 auf 259 711, also um 3 758 zurückgegangen. Die Besserung bezieht sich diesmal hauptsächlich auf die Textilindustrie, wo man eine leichte Belebung des Geschäftsganges festgestellt haben will.

Papenkurse fallen.

Die Börse reagiert sauer.

SPD. Ist es mit der Papenhausse an den deutschen Börsen aus und vorbei? Viele Industrieunternehmungen haben diese Hausse, zum mindestens das Tempo, in dem sich die Kurse in vielen Fällen binnen vier Wochen verdoppelt, für ungesund gehalten und genieren sich auch nicht, das in aller Öffentlichkeit zu erklären. Die Regierung Papen hat diese Hausse als Aktivum verbücht, hat diese Hausse für sich in Anspruch genommen und auch in ihre politische Kalkulation eingesetzt. Diese Hausse soll beweisen, dass das deutsche Bürgertum papentistisch ist, dass das deutsche Bürgertum bei einer kommenden Wahl nicht mehr hinter dem braunen Adolf, sondern hinter dem Triumpvirat Papen - Gayl - Schleicher stehen wird. Vorläufig sind das Hoffnungen und Spekulationen wie etwa jene, die die Käufer an den Börsen während der letzten Tage bestimmten, Papiere mit niedrigem Kurs zu kaufen. Ob die Rechnung stimmt, wird sich jetzt, nachdem der Reichstag aufgelöst ist, zeigen.

Die Montagbörse, die noch nichts von der Reichstagsauflösung wissen konnte, begleitete die politische Aktion mit gedämpftem Trommelklang. Die Stimme war aber keineswegs gedrückt und schlecht. Es herrschte zweifellos Optimismus. Man war allgemein hoffnungsfroh gestimmt. Aber dieser Optimismus war von besonderer Art. Man muss nämlich optimistisch sein. Hat man doch noch in voriger Woche zu verhältnismässig hohen Preisen in starkem Umfange Papiere gekauft. Diese Papiere will man natürlich zu höheren Kursen mit Gewinn losschlagen. Dazu braucht man Optimismus. Das ist gegenwärtig die Leimrute für Leute - - mit Kurage.

Die wirkliche Auffassung an der Börse spiegelt sich in dem kleinen Geschäft wider. Käufe von einigen tausend Mark trieben schon am Montag die Krise in die Höhe. Die Kaufaufträge sind zusammengeschmolzen wie der Schnee in der Märzsonne. Dabei war die Bewegung am Montag, als man noch vor den Ereignissen im Reichstag stand, durchaus uneinheitlich. Es gab starke Kursstürze. So z.B. bei der AEG, deren Aktien von 41 auf 35 zurückgingen. Dieser Rückgang ist gerade so ungesund und unbegründet wie das starke Ansteigen der AEG-Kurse in den Vorwochen. Dagegen blieben Salzfurth (Kali) von 174 auf 177. Welche Ursachen hier massgebend waren, entzieht sich der genauen Beurteilung. Noch rätselhafter ist die Bewegung in den schweren Eisen- und Stahlwerten. Rhestahl kletterten von fast 68 auf fast 72, Gelsenkirchen von 39 $\frac{3}{8}$ auf 40, Vereinigte Stahlwerke (Ruhrtrust) von 20 auf 21 und Phönix von 25 $\frac{1}{2}$ auf 27 $\frac{1}{2}$. Zweifellos liegen hier umfangreiche Käufe aus dem Auslande vor. Man will in diesem Zusammenhang von grossen ausländischen Aufträgen wissen. Skeptiker tippen allerdings mehr auf die Schleicherschen Aufrüstungspläne. Der Rentenmarkt war am Montag ebenfalls nicht einheitlich. Besser waren auf die Ankündigung, dass die Reichshauptstadt ihre Zinsen pünktlich zahlen werde, Berliner Anleihen. Auch Pfandbriefe zogen auf stärkere Käufe, die wohl auf Ablösungen beruhen, etwa um $\frac{1}{4}$ % an.

Jede Konjunkturoffnung, wie sie gegenwärtig den Privatkapitalismus erfüllt, ist von einer Börsenhausse begleitet. Solche Börsenhäussen sind insofern zu begrüssen, als sie gehamstertes Kapital mobil machen. Bei der Papen-

hausse lagen die Dinge so, dass die Festigkeit der ausländischen Börsen, z. B. der New Yorker Börse, und die Rohstoffhausse auf den Berliner Markt rückwirkten. Der so disponierte Markt erhielt zweifellos einen Impuls durch die Papen-Rede in Münster. An den Markt kamen täglich tausende von kleinen Kauforders. Das Sparerpublikum, das bisher sein Geld, oftmals mit recht unangenehmen Erfolgen, im Strumpf aufbewahrte, ging an die Börse und kaufte. So sind die Kurssteigerungen der letzten Wochen zustande gekommen. Für den Ausmass der Hausse folgende Beispiele: Daimler (Auto) steigerten sich von 8 auf 21 %, Schiffahrtswerte wohl allgemein von 10 auf 20, Orenstein von 20 auf 40, Siemens von 100 auf 140, AEG von 20 auf 40, Vereinigte Stahlwerke von 12 auf 21, Salzdetfurth von 140 auf 177, Otavi (Kupfer) von 10 auf 20, Farbentrust von 80 auf über 100. Auch der Rentenmarkt wurde in die Steigerung einbezogen. Um nur einige typische Werte zu nennen: Reichsschuldbuchforderungen (spätere Sichten) zogen von 42 auf 64 an, Berliner Verkehrsanleihe von 30 auf 64, Berliner Schätze von 40 auf 70 und schliesslich Pfandbriefe, gute Sachen, von 60 auf 70.

Die starke Kurssteigerung täuscht ohne Zweifel über die Massen von Kapital, die in Wirklichkeit an der Börse durch die Hausse in Bewegung gesetzt worden sind. Veranschaulichen wir diese Kapitalbewegung einmal an den Papieren der I.G. Farbenindustrie, die einschliesslich Obligationen usw. mit einem Kapital von 1½ Milliarden Mark arbeitet. Umgesetzt wurden an den besten Tagen während der Papenhausse in I.G. Farben etwa für 1 Million Mark. Allerdings waren es in diesem Frühjahr höchstens 60 000 Mark. Dagegen muss man berücksichtigen, dass die Umsätze in I.G. Farben beispielsweise 1927 bis zur ersten Kursfestsetzung, also für einen verhältnismässig kleinen Teil der Börsenzeit, immerhin 3 Millionen Mark ausmachten. Auch bei den mittleren Unternehmungen dürften die Umsätze während der Papenhausse pro Tag höchstens 100 000 Mark nominell betragen haben.

Die Papenregierung hat der Börse den Rang eines Wirtschafts- und politischen Barometers beigelegt. Dem widerspricht die Bedeutung der deutschen Börsen, zum mindesten am Anfang eines Konjunkturabschnittes, sofern man unbedingt an einen solchen glauben will. Das abnehmende Geschäft an den deutschen Börsen beweist, dass die Börse gar nicht das Barometer sein kann, als das man sie ausgegeben hat. Wenn die Börse gegenwärtig etwas zeigt, dann: Die Papenkurse fallen!

SPD. Der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzer lehnt in einer Erklärung jeden generellen Zwangseingriff in die Zinsgestaltung mit der Begründung ab, dass er die völlige Untergrabung des Vertrauens und damit die Vernichtung jeder künftigen Kreditgrundlage zur Folge habe. Andererseits verlangt der Hausbesitzerverband eine allgemeine steuerliche Entlastung des Hausbesitzes, um ihn wieder kreditwürdig zu machen, und Reichskredite für jene Schuldner, die heute noch mit Hypotheken von mehr als 6 % Verzinsung belastet sind. Diese Schuldner sind zwar nach der Dezembernotverordnung berechtigt, ihre Hypotheken zu kündigen, finden aber heute kein Ersatzkapital. Hier soll also Vater Staat einspringen oder, soweit er dazu nicht in der Lage ist, diesen Schuldnern wenigstens zum Ausgleich eine steuerliche Entlastung gewähren.

Weiter wird eine systematische Senkung der Pfandbriefzinsen gefordert. Diese Forderung ist völlig unverständlich; denn für die Zinsen der alten Pfandbriefe lehnt ja der Hausbesitzerverband jegliche Zwangseingriffe ab. Neue Pfandbriefe können aber ohnehin solange nicht ausgegeben werden, als sich die Kurse der Pfandbriefe so tief unter der Parität halten wie gegenwärtig. Was die Anregungen der Hausbesitzer in der Frage der höher als 6 %

verzinslichen Hypotheken betrifft, so kann angesichts der Lage der Reichsfinanzen von Reichskrediten natürlich keine Rede sein. Wohl aber könnte sich die Verwirklichung des sozialdemokratischen Antrages auf Schaffung von Schuldeneinigungsämtern als segensreich erweisen, besonders wo es sich um wirtschaftlich schwache Hausbesitzer handelt. Aber gerade diese Lösung wird von der Hausbesitzerorganisation abgelehnt und zwar mit der typischen bürgerlich-liberalen Begründung, dass es nicht Aufgabe der Gerichte sein kann, nach subjektivem Ermessen in die Eigentums- und Vertragsverhältnisse der Staatsbürger einzugreifen.

Soweit die Forderung nach Steuerlass in Frage kommt, scheint der Hausbesitzerverband ganz vergessen zu haben, dass dem Hausbesitz ohnehin schon mit der Zurückerstattung von 40 % der Grundvermögenssteuer in Steueranrechnungsscheinen eine fühlbare steuerliche Entlastung zuteil wurde. Sie wirkt sich als ein glattes Geschenk in den Fällen aus, wo die Grundvermögenssteuer gar nicht von den Hausbesitzern, sondern von den Mietern (in Preussen z.B. bei allen vermieteten Altwohnung) getragen werden muss.

Schwächer bei grösserem Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 12. Sept.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Montag in abgeschwächter Haltung. Das Angebot an Weizen und Roggen ist erheblich grösser geworden, während die Kauflust sich in engsten Grenzen hielt. Da das Mehlgeschäft in keiner Weise befriedigte und das Exportgeschäft sich nicht belebte, konnten Händler und Mühlen nur geringe Mengen aufnehmen. Am Promptmarkt ging die Weizennotiz um 2, die Roggennotiz um $1\frac{1}{2}$ Mark zurück, während am Markte der Zeitgeschäfte Weizen 2 bis 3, Roggen etwa 2 Mark verlor. Das Mehlgeschäft blieb sehr still und schleppend. Weizenmehl wurde teilweise von den Mühlen etwas billiger angeboten. Die Forderungen für Roggenmehl blieben unverändert. Hafer konnte seinen Preis ziemlich behaupten, hatte aber geringfügiger ruhiges Geschäft. Die Stimmung am Gerstenmarkt war lustlos.

	10. Sept.	12. Sept.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	208 - 210	206 - 208
Roggen	162 - 164	161 - 163
Braugerste	175 - 185	174 - 184
Futter- und Industrierogerste	168 - 174	167 - 173
Hafer	136 - 141	136 - 141
Weizenmehl	25,00 - 30,25	24,75 - 30,00
Roggenmehl	21,90 - 24,25	21,75 - 24,00
Weizenkleie	9,90 - 10,50	10,00 - 10,40
Roggenkleie	8,25 - 8,75	8,40 - 8,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September $221\frac{1}{2}$ - 220 ($222\frac{1}{2}$), Oktober 221 - 220 Brief ($222\frac{1}{2}$), Dezember $221\frac{1}{2}$ - 220 (223), März $227\frac{1}{2}$ - $225\frac{1}{2}$ (229). Roggen Sept. $174\frac{3}{4}$ - 174 (176), Oktober $174\frac{1}{2}$ - $173\frac{3}{4}$ (176), Dezember 175-174- $174\frac{1}{2}$ rep. und Brief (177), März 179 - $176\frac{1}{2}$ ($180\frac{3}{4}$) Hafer Okt. - bis 143, Dez. - ($145\frac{3}{4}$).

 SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station; runde Gelbfleischige 1,40 - 1,60, lange Gelbfleischige 1,70 - 1,90, Odenwälder Blaue 1,30 - 1,40 RM. Fabrikkartoffeln für Stützungskäufe 9 Rpf., im sonstigen Verkehr 8 Pfg je Stärkeprozent frei Fabrik.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 12. September 1932.

Der Mann aus dem Schlachthause.^X

Von Matei Roussou.

SPD. Alle Mieter des Hauses kannten ihn. Jeder wusste, dass er hundert Kilo wog und Schweineschlächter in einem Grossschlachthause war. Man nannte ihn "Baby Talkum", weil er trotz seiner Länge und seines Körperumfangs an jenes Baby erinnerte, das auf den bekannten Reklameplakaten für Kinderstreu-puder abgebildet war. Er war wegen seiner Kraft und seines Mutes bekannt, und in der stummen Bewunderung der Frauen für ihn schwang eine Furcht wie vor einem wilden Tiere mit. Dabei war er doch gerade von einer besonderen Hilfs-bereitschaft gegenüber allen Nachbarn erfüllt. Wenn er, langsamen Schrittes, schwer und einem Gorilla ähnlich, einherschritt, warf er den Nachbarn und be-sonders den Nachbarinnen einen freundlich-fragenden Blick zu, mit dem er sich zu erkundigen schien: "Vielleicht ein Kasten von einem Zimmer ins andere zu tragen? Ein Spiegelschrank zu verschieben?"

Eines Morgens erfuhr er, dass ein Nachbar krank geworden sei. Es war Gabriel Portang, der Buchhalter aus dem dritten Stock. Ein sehr netter Mensch! Und so höflich! Er grüsste immer so liebenswürdig.

"Baby" zögerte nicht. Er klopfte an die Tür des Buchhalters. Herr und Frau Portang teilten ihm ihren Kummer mit. Mit einem unerklärlichen Schüttel-frost hat es angefangen. Gabriel war gerade in seinem Büro mit den Abschlus-arbeiten beschäftigt, als er plötzlich zu zittern anfang. "Kalt ist es hier heute!" murmelte er. Dabei war gerade ein sehr heisser Tag. Seine Kollegen würdigten denn auch eine so absonderliche Bemerkung keiner Antwort. Gabriel knöpfte sich seinen Rock zu, schüttelte die Schultern wie ein Jazz-Tänzer, aber das Kältegefühl hörte nicht auf. Er zog sich seinen Ueberrock an. Der Ueberrock schien aus Eis zu sein. Er setzte sich wieder an die Arbeit, aber ein Kältestrom durchlief seinen Körper. Beim Weggehen sagte er zu seinen Koll-egen: "Mich hat es!"

Zu Hause angelangt, konnte er seiner besorgten Frau kaum antworten; so klapperten seine Zähne. Seine Frau zog ihn aus und brachte ihn zu Bett. Unter der frisch überzogenen Bettdecke zitterte er noch mehr. Seine Frau häufte alle verfügbaren Decken, Ueberwürfe und Mäntel auf den Kranken.

"Baby" hörte aufmerksam zu. "Der Arme!" sagte er. Und alle drei dachten: Ihm, dem Schlächter, kann so etwas nicht passieren. Er ist zu robust.

"Baby" fragte: "Haben Sie noch nicht den Doktor geholt?"

"Doch", antwortete Frau Portang. "Aber er konnte sich noch nicht für eine Diagnose entscheiden. Er kommt heute Nachmittag wieder."

"Jedenfalls, wenn Sie mich brauchen....."

Am Nachmittage kam der Arzt wieder, befühlte den Puls des Kranken, unter-suchte seine Zunge, beklopfte seine Brust, horchte lange an seinem Hörer, liess den Kranken laut und leise sprechen, husten und tief einatmen und kam zu dem Schlusse, dass es sich um eine Brustfellentzündung mit Bluterguss handelte.

"Baby" sprach von Zeit zu Zeit vor, um sich nach dem Befinden des Kranken zu erkundigen. So erfuhr er eines Morgens, dass der Arzt am Abend wieder komme werde, um eine Punktion vorzunehmen. Der Arzt hatte sich erkundigt, ob sich ein beherzter Nachbar bereitfinden würde, ihm dabei zu helfen. Die Portangs hatten sogleich an "Baby" gedacht. "Ja, Herr Doktor", sagte der Kräcke, "wir

haben da einen sehr liebenswürdigen und sehr tapferen Nachbarn." Und Frau Portang fügte hinzu: "Er ist Schlächter in einem Grossschlachthause. Er wiegt hundertsacht Kilo."

"Wir haben uns erlaubt, auf Sie zu rechnen", sagte also Frau Portang. "Da haben Sie Recht daran getan," antwortete der Schlächter. "Ich stehe zu Ihrer Verfügung. Um wieviel Uhr?"

"Um sechs Uhr".

Punkt sechs Uhr war "Baby" zur Stelle. Der Arzt verspätete sich um eine Viertelstunde. Ohne zu zögern, entnahm er einer schwarzen Schachtel mehrere vernickelte Röhren, spitzige Instrumente, Gummischläuche und einen Hahn. Er legte die Instrumente in eine Kasserolle voll siedenden Wassers. Dann verlangte er ein leeres Gefäss, legte einen Spund mit einer Öffnung zum Einsetzen einer Röhre darein; die Röhre endete mit einer Art Pumpe, die einer Radfahrer-pumpe ähnelte. Als alles bereit stand, Instrumente, Flasche, Jodtinktur und Watte, und nachdem sich der Arzt lange und sorgfältig die Hände gewaschen und die Nägel gereinigt hatte, betrachtete er "Baby" lächelnd. "Das ist also der Herr, der mir assistiert?"

"Ja, Herr Doktor." Und da der Arzt dadurch nicht hinlänglich beruhigt schien, fügte Frau Portang hinzu: "Der Herr ist Schlächter in einem Schlachthause."

Der Arzt ersuchte die junge Frau, sich ins Nebenzimmer begeben zu wollen. "Es handelt sich um eine harmlose Operation, die aber weit schlimmer aussieht, als sie ist. Glauben Sie mir, gnädige Frau, es ist besser, wenn Sie nicht zuschauen! Anstelle eines Kranken hätte ich dann zwei."

Die junge Frau gehorchte. Der Arzt liess den Kranken sich setzen, pinselte ihm die rechte Seite des Rückens an der Stelle, wo er den Einstich vornehmen wollte, mit Jodtinktur ein und ergriff dann den sehr spitzigen Stecher. Er legte den linken Zeigefinger auf den eingepinselten Teil zwischen zwei Rippen, und bevor er die Punktion vornahm, wandte er sich "Baby" zu, musterte ihn und flüsterte ihm zu: "Schauen Sie jetzt noch nicht hierher! Es ist immer ein peinlicher Anblick, wenn man sieht, wie sich ein Instrument in einen menschlichen Rücken bohrt." Das ungeheure "Baby" lächelte gutmütig. Sie wollen sich wohl gar über mich lustig machen, Herr Doktor? Ich arbeite doch in einem Schlachthaus. Ich bin an Blut gewöhnt." Und in dieser Erklärung lag beruhigender Stolz.

Der Arzt überprüfte noch einmal die Lage seines linken Zeigefingers und die des Stechers, den er in der rechten Hand hielt, legte die Spitze des Instrumentes an die zwischen zwei Rippen befindliche Stelle des Rückens an und sagte zu dem Kranken: "Bitte, rühren Sie sich jetzt nicht!"

Und nun vollzog sich etwas äusserst Sonderbares. Der Arzt hörte hinter seinem Rücken einen Krach, als wäre eine schwere Masse auf den Boden gefallen. Er wandte sich um. Da lag der Schlächter des Grossschlachthauses auf der Erde mit geschlossenen Augen, totenblass. Der Arzt musste seinen Kranken im Stiche lassen, um sich des Nachbarn anzunehmen. Und er murmelte: "Immer dasselbe. Bei allen möglichen Gelegenheiten sind die Leute tapfer. Aber wenn es sich um eine Operation handelt, dann machen sie schlapp." Er bespritzte "Baby" mit Wasser und versetzte ihm einige leichte Schläge. Das brachte diesen wieder zum Leben. Er schlug die Augen auf, erhob sich langsam und suchte vergeblich nach einer glaubhaften Ausrede. "Ist das aber dumm von mir! Ich weiss gar nicht, was ich auf einmal habe." Der Doktor lächelte ironisch. "Wenn man auch Schlächter in einem Grossschlachthaus ist," sagte er, "so ist man doch auch ein Mensch..."

Als "Baby" am nächsten Morgen zur Arbeit ging, war er ganz erstaunt, mehrere Frauen zu sehen, die auf ihn gewartet zu haben schienen und bei seinem Anblick nicht gerade liebenswürdig lächelten.... Der Schlächter senkte den Kopf und ging leise und beschämt, wie ein Besiegter, weiter.

(Einzig autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Leo Korten.)

Gebratene Singvögel.^x

SPD. Es ist wohl sehr wenig bekannt, dass von den Zugvögeln in jedem Jahre nur ein sehr kleiner Teil nach den altgewohnten Wäldern und Hecken zurückkehrt. Die grosse Reise nach dem Süden stellt ungeheure Anstrengungen an die Tiere, versetzt sie in so viele Gefahren, dass auch unter natürlichen Verhältnissen dadurch ihrer übermässigen Vermehrung vorgebeugt ist. Namentlich sind es die Wegelagerer unter den Vögeln, die Raubvögel selbst, die den kleinen gefiederten Gästen des Südens in den Tagen ihrer Wanderung unbarmherzig nachstellen. Was soll man jedoch dazu sagen, dass sich ihnen auch menschliche Feinde der Singvögel beigesellen? Man wird erraten haben, worauf hier angespielt ist; auf den Schandfleck im Charakter des italienischen Volkes, einer Rasse, die sich sonst in Kultur und Gesittung hundertfältig ausgezeichnet hat aber seit den Tagen der Antike niemals in ein menschliches Verhältnis zu den Tieren hat treten können. Man kann darüber streiten, ob Tierhatzen und Gladiatorenkämpfe jene ungeheure Verrohung mit sich gebracht haben oder ob diese ihren Ursprung nicht vielmehr darin fanden, dass der Italiener zu wenig tierfreundlich ist. Tatsache ist, dass in Italien die über die Alpen wandernden Zugvögel seit Jahrhunderten unablässig verfolgt und gefangen werden, und leiden machen hierin Nord- und Süditalien, die sich sonst so vorteilhaft voneinander unterscheiden, nur wenig Unterschied. Allerdings haben Neapel und Sizilien auch diesmal den Vorrang, dass dort das Würgegegeschäft am grossartigsten betrieben wird. Dort werden alljährlich hunderttausende von Wachteln, Drosseln und Tauben getötet, in so systematischer und offiziell sanktionierter Weise, dass für die Vogeljäger in Feldkapellen eigener Gottesdienst zum besseren Gelingen der Jagd abgehalten wird. Die kleinen Sänger werden dort etwas mehr verschont, aus der einfachen Ursache, weil sie gar nicht mehr in so grossen Massen nach dem Süden gelangen. Zu Hunderttausenden werden sie nämlich bereits in den Südalenpen gemordet. Das Paradies der Berge, der Lago Maggiore, brüstet sich, dass dort jährlich 60 000 Singvögel auf den Tisch kommen. Um Bergamo, Verona und die andern grossen Städte am Südrande der Alpen mögen es Millionen sein. Mit besonderer Vorliebe isst der Italiener die Schwalben, Nachtigallen, Rotkehlchen, Grasmücken, Bachstelzen; allerdings verschont er auch die Reiher, Möwen, selbst die Raubvögel nicht, die ihm einen geschätzten Sonntagsbraten liefern.

Infolge dieser grauenhaften Verwüstungen sind schon die südlichen Alpen- teile, wo Italiener wohnen, sehr arm an Vögeln. Tschudi erzählt, dass er auf vielwöchigen Wanderungen im Kanton Tessin nicht einen Sperling, nicht einmal eine Krähe oder Dohle bemerkt habe. Alle Vogelnester, die der Italiener erreichen kann, werden ausgenommen; mit Schlingen und Netzen den Singvögeln nachzustellen, gehört zu den grössten Vergnügungen des Volkes im italienischen Teile der Schweiz und Tirols. Gesetze helfen hier wenig, so viele ihrer auch, namentlich in der Schweiz, erlassen wurden, und eine Besserung ist nicht zu erwarten angesichts einer Erscheinung, die deshalb im italienischen Volkscharakter begründet zu sein scheint, weil sie seit zwei Jahrtausenden unvermindert andauert.

Damit jedoch wir Nichtitaliener uns in moralischer Entrüstung nicht zu sehr überheben, berichtet uns auch die deutsche Kulturgeschichte vom feinen Leckerbissen der "Leipziger Lerchen"; d.h. es wurden in Leipzig schon im Jahre 1720 monatlich an 400 000 der singenden und jubelnden Lerchenver- speist. Karl Vogt, der berühmte Vorkämpfer des Materialismus, hat sogar die- sem Lerchenfange warm das Wort geredet. "Trotz aller Humanität", sagt er, "sind fette Leipziger Lerchen ein ausgezeichnete Leckerbissen, und man hat bi- jetzt noch nicht gehört, dass die so fruchtbare Leipziger Ebene durch den Lerchenfang in ihrem Ertrag Schaden gelitten hat." Und damit zum Schluss: Engländer und Franzosen auf den lerchenverzehrenden Deutschen nicht gar zu

überheblich herabblicken, möge unsere Betrachtung der alpinen Vögel mit einer Angabe aus Marschalls trefflichen "Neuen Spaziergängen eines Naturforschers" beschlossen sein. Denn dort fand ich den interessanten Satz: "Von Brighton an der Südküste Englands gehen während der ganzen Saison täglich 12 bis 20 Körbe voll Lerchen und Singdrosseln, der Korb durchschnittlich 7 kg schwer, nach Paris, ausserdem werden noch viele an Ort und Stelle und in der Nachbarschaft verzehrt."

Dr.K.Francé.

Weltuntergang?

SPD. Der Mensch, der winzige Bewohner eines Sandkorns im Weltall, neigt gern dazu, alle Dinge im Flusse des Geschehens im allgemeinen als beständig und unveränderlich zu betrachten. Seine eigene Kurzlebigkeit und das Fehlen einer kosmischen Weltanschauung machen es ihm schwer, den Wechsel der Szenen im Welttheater zu erkennen. Immer wieder misst er mit menschlichen Masstäben Weltgeschichte und Menschheitsdasein. Wie oft hört man z.B. die törichten Redensarten: "Es gab schon immer Reiche und Arme, Luxus und Elend; also wird es auch so bleiben", oder: "Es hat schon früher Kriege gegeben, und es wird auch in Zukunft, solange es Menschen gibt, Kriege geben". Solche Auffassungen zeugen von einem geistigen Standpunkte mit sehr kleinem Gesichtskreis, der weit entfernt ist von einer hohen Warte mit grossem Horizont, von einer gewissen kosmischen Weltbetrachtung. Die Behandlung der Frage der künftigen Aussichten des Menschengeschlechts darf nicht nur vom historischen und politischen Standpunkt aus geschehen, sondern auch vom astronomischen. Den Angaben des Astronomen kommt bei der Behandlung dieses Themas eine nicht unwesentliche Bedeutung zu. Das Schicksal der Menschheit ist nicht nur abhängig von verschiedenen ökonomischen Voraussetzungen, sondern auch von Schicksal und Lebensdauer der Sonne und unserer kosmischen Heimat, der Erde.

Nach den heute vorliegenden Forschungsergebnissen kann man unserer Sonne getrost das ansehnliche Alter von ungefähr 5 bis 8 Billionen Jahren zumuten, wogegen das Alter unserer Erde von etwa 2000 Millionen Jahren nur eine flüchtige Stunde ist. Nur eine Sekunde im Weltgeschehen ist daneben das Dasein des Menschen auf der Erde, das man auf 500 000 Jahre schätzen darf. Die modernen physikalischen Erkenntnisse gestatten aber auch sehr interessante Ausblicke über die Zukunft der Sonne und die späteren Lebensmöglichkeiten auf der Erde. Es ist z.B. bekannt, dass die Fixsterne, die Sonnen, indem sie strahlen, zugleich einen Energie- und Stoffverlust erleiden, der ihr Altern und ihre endliche Auflösung bedingt. Von unserer Sonne weiss man, dass sie gegenwärtig durch ihre Strahlung in jeder Sekunde über 4 Millionen Tonnen Gewicht verliert. Das macht also 360 000 Millionen Tonnen an einem einzigen Tage aus. Durch diesen Gewichtsverlust unseres Zentralgestirns entfernt sich die Erde von ihm in jedem Jahrhundert um etwa einen Meter. In einer Billion Jahren wäre die Erde demnach um 10 Prozent weiter von ihrer Licht- und Wärmequelle entfernt als heute. Da nach diesem Zeitraum aber auch die Sonne etwa 6 Prozent ihres gegenwärtigen Gewichts durch Strahlung verloren haben wird - was, nach andern Sternen zu urteilen, die Energieerzeugungskraft um etwa 20 Prozent vermindert -, so würde dann die mittlere Temperatur auf der Erde um etwa 30 Grad niedriger als heute sein. Dieser Temperaturrückgang dürfte der Entwicklung des Lebens schon ziemliche Schwierigkeiten bereiten. Wenn man nun wirklich annimmt, dass dem Leben auf der Erde in einer Billion Jahren das Ende droht, so steht doch damit der Menschheit immer noch zu ihrer Entfaltung ein Zeitraum zur Verfügung, dessen Länge nicht auszudenken ist.

Es können aber auch verschiedene Ereignisse eintreten, die dem Menschengeschlechte schon lange vor dem Ablauf einer Billion Jahre ein Ende bereiten.

Die Sonne kann z.B. mit einem Stern zusammenstossen, oder ein Stern im Weltraum kommt unserm Sonnensystem so nahe, dass dadurch die Bahn der Planeten bedeutend beeinflusst und verändert und das Bestehen von Leben unmöglich wird. Beides ist allerdings sehr wenig wahrscheinlich. Eine andre Gefahr besteht in der den Astronomen bekannten Tatsache, dass verschiedene Sterne in einem bestimmten Entwicklungsstadium aus vorläufig noch nicht geklärten Gründen ganz plötzlich zu einem weissen Zwergstern zusammenschrumpfen. Unsere Sonne ist diesem Stadium bedenklich nahe. Sie wird es schon erreicht haben, sobald sich ihre gegenwärtige Leuchtkraft um nur 3 Prozent vermindert. Der Begleitstern des Sirius beispielsweise ist solch ein weisser Zwergstern, dem unsere Sonne dann ähneln würde. Dieser gibt nur $1/400$ so viel Licht und Wärme ab wie die Sonne. Wenn unser Tagesgestirn zu diesem Zustande zusammenschrumpfe, dann würden sich die Meere in Eis und die Atmosphäre in flüssige Luft verwandeln. Jegliches irdische Leben wäre dann mit einem Schlage vernichtet. Aber auch dieses Ereignis ist zwar eine eventuell mögliche, doch keine unmittelbare Gefahr. Es lässt sich berechnen, dass eine dreiprozentige Abnahme in der Leuchtkraft der Sonne in frühestens 150 000 Millionen Jahren eintreten kann. Der gefährliche Augenblick ist also noch in märchenhafter Ferne.

Aber noch eine weitere gefährliche Angelegenheit muss beachtet werden. Man hat schon häufig am Himmel das Auftauchen sogenannter "neuer" Sterne beobachten können, die, wie man heute weiss, durchaus keine neuen Sterne, sondern explodierende Sterne sind. Würde bei unserer Sonne dieses Ereignis, über dessen Ursache bis jetzt noch nichts Bestimmtes gesagt werden kann, eintreten, so würde alles Leben auf der Erde sofort verbrennen. In jedem Jahre kommen im Milchstrassensystem ungefähr sechs dieser Erscheinungen vor. Da man nun annehmen darf, dass unser Sternsystem aus 300 Milliarden Sonnen besteht, so kann im Durchschnitt jeder Stern, sofern überhaupt bei jedem einzelnen diese Bedingungen eintreten, nur alle 50 Milliarden Jahre einmal eine nova, ein "neuer" Stern werden. Also auch hier sind die Gefahrenmomente durch solche gewaltigen Zeiträume getrennt, dass einstweilen noch kein Grund zur Beunruhigung besteht. Selbst wenn einmal eine grosse Katastrophe das irdische Leben vernichten sollte, so kann man doch immerhin noch mit Zehntausenden Millionen von Jahren rechnen, die der Menschheit für das Ringen nach Wahrheit und Fortschritt zur Verfügung stehen. Wenn unser Sonnensystem dem natürlichen Entwicklungsgange überlassen bleibt, so wird die Erde dem Leben noch etwa eine Billion Jahre weiter Unterkunft geben können. Das ist ungefähr 500 mal so viel Zeit, wie seit der Entstehung der Erde verfloren ist, dreimillionenmal so lange wie die bisherige Existenz des Menschen auf der Erde.

Der bedeutende englische Astronom und Mathematiker Jeans hat diese Zeiträume durch einen schönen Vergleich klar zu machen versucht. Auf einen Pfennig klebe man eine Briefmarke und lege beides auf die Spitze von Kleopatras Nadel, dem 20 Meter hohen Obelisken in London. Die Höhe des Ganzen soll die Zeit seit der Entstehung der Erde darstellen. Nach diesem Masstabe bedeutet die Dicke der Briefmarke die Zeit, die der Mensch im zivilisierten Zustande, die Dicke des Pfennigs die Zeit, die er im unzivilisierten Zustande verbracht hat. Auf die erste Briefmarke klebe man nun eine weitere, um die nächsten 5000 Jahre der Zivilisation zu bezeichnen. Und so klebe man immer weiter, bis ein Turm entstanden ist, so hoch wie der Montblanc. Dieser Turm gibt vielleicht ganz ungefähr ein Bild von der Länge der Zukunft, die sich, soweit die Astronomie sehen kann, wahrscheinlich vor der zivilisierten Menschheit ausdehnt. Die erste Briefmarkewar die vergangene Zivilisation und stellt dar, was der Mensch bis jetzt vollbracht hat. Der den Montblanc überragende Turm zeigt, welche zukünftigen Leistungen er vielleicht noch vollbringen wird, wenn die bisherige Entwicklung im entsprechenden Verhältnis weitergeht. "Wir leben als Bewohner der Erde erst ganz am Anfang der Zeit", sagt Jeans. "Wir sind in der glorreichen Frische der Morgendämmerung ins Leben getreten, und ein Tag von fast unvorstellbarer Länge mit fast unausdenkbaren Möglichkeiten liegt vor uns. Unsere

fernen Nachfahren werden, wenn sie diese lange Zeitstrecke von der andern Seite her betrachten, unser gegenwärtiges Zeitalter als den nebligen Morgen der Weltgeschichte ansehen; unsre heutigen Zeitgenossen werden ihnen als schatenhafte heroische Gestalten erscheinen, die sich ihren Weg durch Dickichte der Unwissenheit, des Irrtums und des Aberglaubens bahnten, um die Wahrheit zu entdecken, die Kräfte der Natur einzuspinnen und eine Welt zu schaffen, in der es sich für Menschen zu leben lohnte."

Erich Krug.

Der fliegende Holländer.^x

SPD. Die Sage vom fliegenden Holländer, die uns durch die Wagnersche Oper am bekanntesten geworden ist, wurzelt in einem alten Seemannsaberglauben von Spukschiffen, gespenstischen Erscheinungen versunkener Schiffe, die wieder aufgetaucht sind. Anlass zu dieser Vorstellung mögen treibende Wracks gegeben haben. Die Sage selbst wurde zuerst im Beginn des 19. Jahrhunderts aufgezeichnet, doch dürfte sie ihre feste Form in bezug auf den Holländer bereits im 17. und 18. Jahrhundert angenommen haben. Auch Heinrich Heine - der ja auch der Loreley-Sage die volkstümlichste Form gegeben hat - erzählt sie in seinen "Reisebildern" aus Norderney vom Jahre 1826 und noch einmal 1834. Nach seiner Darstellung handelt es sich um ein Schiff, das nie in den Hafen gelangen kann. Wenn ihm ein andres Schiff begegnet, so fahren Leute vom Gespensterschiffe heran und bitten, man möge ihnen Briefe mitnehmen. Diese Briefe, die meist an längst Verstorbene gerichtet sind, muss man am Mast festnageln, wenn das Schiff kein Unglück treffen soll. Der Kapitän des Gespensterschiffes soll ein Holländer sein, der einmal beim Teufel geschworen hat und deshalb bis zum jüngsten Tage segeln muss. Uebrigens finden wir das gleiche, offenbar im Anfang des vorigen Jahrhunderts sehr volkstümliche Motiv auch in dem Märchen "Das Gespensterschiff" von Hauff. Eine ähnliche Schilderung, wie sie Heine gibt, enthält auch ein älterer Bericht von einem holländischen Kapitän van der Decken, der um das Jahr 1600 auf einer Reise nach Indien das Kap der Guten Hoffnung umsegeln wollte, und der schwur, das Unternehmen durchzuführen "trotz Gott und Teufel". Da soll eine Stimme vom Himmel gerufen haben: "Bis zum jüngsten Gericht!", und nun fährt der Holländer in einem schwarzen Schiffe, das eine blutrote Flagge führt. Von wieder einem andern Seemann, Barend Fokke, der im Anfang des 17. Jahrhunderts gelebt haben soll, wird erzählt, er habe die Reise von Batavia nach Holland, zu der man damals sonst acht Monate brauchte, in neunzig Tagen zurückgelegt. Das sei nur möglich gewesen, weil er mit dem Teufel im Bunde gewesen sei, und nun müsse er zur Strafe zwischen dem Kap der Guten Hoffnung und Amerika fortdauernd hin und her fahren, ohne einen Hafen anlaufen zu dürfen. Zu solchen phantastischen Sagen gab ja die Abenteuerlichkeit der Seefahrt in früheren Zeiten reichen Stoff.

Die Vorstellung, dass das Gespensterschiff auch fliege, entstammt jedoch einer dänischen Sage. Da wird erzählt, dass Seeleute schon dies Schiff über sich in der Luft hätten hinwegfliegen sehen. Zu dieser Annahme mögen wohl Luftspiegelungen den Anlass gegeben haben.

Richard Wagner hat den Stoff von Heine übernommen und ihm mit Heine bei einem Aufenthalt in Paris besprochen. Er schrieb dann das Drama vom fliegenden Holländer (dessen Schiff blutrote Segel und einen schwarzen Mast hat) in den Jahren 1840 und 1841, also mit 27 Jahren. Die Oper wurde am 2. Januar 1843 zum erstenmale aufgeführt.

H.L.

Hund, gib die Uhr heraus!^x

SPD. Nach einem feuchtfröhlichen Abend ging - in jener heute schon beinahe sagenhaft gewordenen Vorkriegszeit - ein preussischer Landtagsabgeordneter seines Zeichens ein Kaplan, durch den Berliner Tiergarten nach Hause. Man hatte ihn vor diesem Wege gewarnt, weil im Tiergarten wiederholt nächtliche Überfälle vorgekommen waren.

Es währte denn auch nicht lange, da waren aus einer Seitenallee verdächtige Schritte hörbar, und an der Wegkreuzung rempelte der Kaplan mit einem im Dunklen nicht erkennbaren Menschen unsanft zusammen. Der Abgeordnete mit den priesterlichen Weihen hatte einmal etwas von einem Trick der Taschendiebe gehört und griff rasch nach seiner Uhr. Sie war weg. Eilig, und mit vom Alkohol gestähltem Mute, rannte er dem Davonhastenden nach, hob drohend seinen Spazierstock und brüllte den Erschrockenen donnernd an: "Hund, gib die Uhr heraus!" Der Andre weigerte sich. Als jedoch die Aufforderung, begleitet von drohenden Gebärden, wiederholt wurde, gab er die Uhr her.

Stolz auf seine Geistesgegenwart und Heldentat stetzte der Zentrumsabgeordnete nach Hause und - fand auf dem Nachttisch seine Taschenuhr. Erschrocken griff er in die Tasche. Dort hatte er eine fremde Uhr.

Am andern Morgen ging der Held aus dem Tiergarten, von recht peinlichen Gedanken gequält, in den Landtag und überlegte, wie er dem rechtmässigen Eigentümer wieder zu seiner Uhr verhelfen könnte. Da wurde er durch die Mitteilung eines Fraktionsgenossen aus seinem Grübeln aufgeschreckt: "Haben Sie schon gehört, was dem Kollegen L. passiert ist? Ein als Kaplan verkleideter Strolch hat ihm heute Nacht im Tiergarten die Uhr geraubt...."

So war beiden, dem Beraubten und dem Räuber, aus ihrer Not geholfen.

SPD. Die Chinesen als Erfinder des Giftgases.^x In dem Bemühen, China als das Mutterland aller menschlichen Zivilisation hinzustellen, kommen die chinesischen Nationalisten auf ganz komische Einfälle. Einer ihrer Schriftsteller sucht im "China Critic", der führenden Wochenschrift der jungchinesischen Reformer, den Nachweis zu erbringen, dass die Chinesen die Erfinder der Giftgase gewesen seien. Er stützt diese Theorie auf Zitate aus alten Autoren, nach denen die Heerführer schon im ältesten geschichtlichen Zeitalter feindliche Stellungen mit Stinktöpfen auszuräuchern suchten. Tatsächlich ist dieses Mittel in China schon seit undenklichen Zeiten im Gebrauch und wird auch heute noch von den Flusspiraten angewandt, die solche Töpfe auf die Dschunken werfen, um ihre Besatzungen zum Verlassen der Fahrzeuge zu zwingen. Sie warten dann ab, bis der Wind die Dämpfe vertrieben hat, um sich kampflös ihrer Beute zu bemächtigen. - Es ist jedoch schwer einzusehen, warum sich der neu erwachte chinesische Nationalstolz zu solch grotesken Auswüchsen versteigt. China hat so viele und so grosse kulturelle Verdienste um die Menschheit, dass es gar nicht nötig hat, sich der Erfindung eines so fürchterlichen Vernichtungsmittels wie des Giftgases zu rühmen, um seinen Berechtigungsnachweis als Kulturnation zu erbringen.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 70

Berlin, den 12. September 1932

Hilfsbedürftige Kranke

SPD. Die Frage der ärztlichen Versorgung Hilfsbedürftiger hat in letzter Zeit wiederholt die Fachkreise der Wohlfahrtspflege, der Aerzte und der Krankenkassen beschäftigt. Die Kreise der Wohlfahrtspflege vertreten die Meinung, dass die Krankenhilfe für alle Fürsorgeempfänger am besten unter einheitlicher Leitung der Fürsorgeträger bleibt. Die Krankenkassen hingegen wünschen, dass die Krankenpflege für hilfsbedürftige Kranke den Krankenkassen übertragen wird, und auch die Aerzte sprechen sich für eine Vereinheitlichung des Systems der ärztlichen Versorgung aus. Die Motive, welche die einzelnen Beteiligten zu ihrer Stellungnahme veranlassen, liegen nahe. Die Krankenkassen glauben, ihren für eine grössere Mitgliederzahl aufgebauten Verwaltungsapparat durch diese Erweiterung ihres Wirkungskreises verbilligen zu können. Die Aerzte wünschen das Prinzip der freien Arztwahl auch auf diesen Kreis von Kranken auszudehnen. Die Fürsorgeverbände schliesslich sind bei ihrer Stellungnahme von dem Wunsche beseelt, möglichst billig zu arbeiten. Massgebend aber muss schliesslich doch das Wohl und Wehe der Fürsorgebedürftigen selbst sein.

Um in dieser Frage Klarheit zu schaffen, hat der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge eine Umfrage bei verschiedenen Gesundheitsämtern eingeleitet. Die Antworten, die sich im wesentlichen auf die Erfahrungen der Fürsorgerinnen stützen, zeigen eine erfreuliche Übereinstimmung. Mit einer Ausnahme besagen alle Antworten, dass die Hilfsbedürftigen bei dem sogenannten Bezirksarzt-System schlechter gestellt sind als bei der freien Arztwahl. Die Fürsorgerinnen sind fast alle der Ansicht, dass die Bevölkerung der Betreuung durch den Wohlfahrtsarzt mit freier Arztwahl gegenüber der kassenärztlichen Versorgung den Vorzug gibt. Die Gründe dafür sind vor allem darin zu suchen, dass bei der wohlfahrtsärztlichen Versorgung die Patienten keinerlei Ausgaben haben, während bei der Krankenkasse 50 Pfennig für den Krankenschein und 50 % der Arzneikosten zu zahlen sind, Ausgaben, die wohl ins Gewicht fallen. Ausserdem, so heisst es in einem Artikel des "Nachrichtendienstes des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge", würden sich beim Uebergang von der wohlfahrtsärztlichen zur kassenärztlichen Versorgung für die Unterstützungsempfänger folgende weitere Nachteile ergeben: "Wenn dem Gesundheitsamt bei der Nachprüfung der Rezepte oder sonstiger Anträge irgendwelche Massnahmen erforderlich erscheinen, sei es, dass bei einem Herzkranken eine Wohnung zu ebener Erde oder bei einem Asthmakranken eine trockene Wohnung vermittelt werden muss, sei es, dass bei der Durchsicht der Kassenarzt-Rechnung Tuberkulose-Fälle auftauchen, die sozialhygienisch saniert werden müssen, sei es, dass bei Schulkindern anstelle von Stärkungsmittelrezepten eine Erholungskur angebracht wäre, in allen diesen Fällen kann vom Gesundheitsamt aus das gesamte Bäderwerk der Gesundheitsfürsorge für den Betreffenden in Gang gesetzt werden. Ein solches Ineinandergreifen von ärztlicher Behandlung und Fürsorge ist bei den Krankenkassen viel schwerer, wenn nicht unmöglich."

Es wäre interessant, einmal aus den Kreisen der Bevölkerung selbst Aeusserungen darüber zu hören, welche Art der ärztlichen Versorgung sie im Falle der Hilfsbedürftigkeit vorziehen. Denn schliesslich muss bei aller

Anerkennung der fiskalischen Interessen und der Notwendigkeit äusserster Sparsamkeit gerade in der Frage der ärztlichen Versorgung hilfsbedürftiger Kranker ihr Schutz und ihr Vorteil ausschlaggebend für die Entscheidung sein. Fürsorgeträger, Krankenkassen und die Ärzteschaft müssen und werden ihre Wünsche diesem Grundsatz unterordnen.

----- Benzinbrände. x -----

SPD. Mit Erschrecken stellt man immer wieder aus Zeitungen fest, dass Todesfälle durch Verbrennungen beim Gebrauch von Benzin zum Reinigen von Kleidungsstücken oder gar Haarwäschen sich häufen. Am verwunderlichsten ist dabei, dass diese grausigen Berichte die Frauen nicht davon abhalten, trotzdem im Haushalt Benzin unvorsichtig zu verwenden. Leider ist bisher die Aufbewahrung von 2 Litern Benzin im Haushalt noch gestattet, obgleich innerhalb eines Jahres nur aus den Fällen, die in den Berliner Zeitungen bekannt gegeben wurden, sich ergeben hat, dass 54 Benzinexplosionen in Haushaltungen vorgekommen sind mit vielen Toten, Schwer- und Leichtverletzten, abgesehen von dem vielen Sachschaden, ja, gelegentlich sogar Gebäudeschaden.

Will man die ungeheure Gefahr vor Augen führen, die durch Verwendung von Benzin im Haushalt besteht, so muss man darauf hinweisen, dass zur Entstehung eines Brandes oder einer Explosion gar nicht das Vorhandensein von offenem Licht oder Feuer in der Nähe des offenen, mit Benzin gefüllten Gefässes erforderlich ist. Benzindämpfe sind unsichtbar und verbreiten sich in jedem Falle von der Oberfläche des in der Wanne befindlichen Benzins weiter; da sie schwerer sind als die Luft, kriechen sie am Fussboden entlang, unter Türen hindurch auf Treppenflure und von da selbst in fremde Wohnungen. Brennt nun in einem dieser entfernt liegenden Teile des Hauses ein offenes Feuer oder dergleichen, z.B. nur eine Zigarette oder Pfeife, so können sich die Dämpfe noch weit von der Stelle entfernt, wo das Benzin benutzt wurde, entzünden. Auf dem gleichen Wege, wie die Benzindämpfe sich vom Ausgangsherde fortbegeben, können sie zur Ausgangsstelle wieder zurückkriechen und nun unter Umständen auch hier eine Explosion herbeiführen, sobald sie die Flüssigkeit in der Wanne wieder erreicht haben.

Es genügt sogar schon die Betätigung eines elektrischen Schalters oder die Benutzung einer elektrischen Licht- und Kraftleitung, um das im gleichen Raum in offener Schale benutzte Benzin zum Entzünden zu bringen. Meistens wollen die Hausfrauen gleich nach der Reinigung die Sachen aufplätten, und durch das elektrische Bügeleisen kann dann ebenfalls Feuer entstehen. Selbst beim Entflecken kann durch das Reiben Feuer entstehen, vor allem, wenn irgendwelche metallischen Besätze vorhanden sind. Besonders wichtig ist es auch noch, dass man sich einmal über den Verbleib des im Haushalt verwendeten Benzins Rechenschaft gibt. Es muss doch irgendwo bleiben! Und zwar wird es meistens in die Ausgüsse der Wohnungen geschüttet und gelangt auf diesem Weg in das Kanalisationsnetz der Stadt. Da Benzin leichter ist als Wasser, bleibt es sowohl in den Abflussrohren als auch in den Kanalisationsrohren an der Oberfläche. Auf diese Weise kann ein in einen Schacht der Kanalisation geworfenes Streichholz, das noch glimmt, eine Explosion unter der Strassendecke hervorrufen. So kann ungeheurer allgemeiner Schaden angerichtet werden an öffentlichen Einrichtungen; es wird aber vor allen Dingen auch das Leben der Kanalisationsarbeiter dabei gefährdet.

Wer zu Hause Sachen reinigt, der benötigt dazu manchmal noch mehr als die gesetzlich zulässigen 2 Liter Benzin und weiss nicht, dass dies Reinigen ihn sehr teuer zu stehen kommen kann, da er sich strafbar macht und nach dem Gesetz für allen durch ihn entstandenen Schaden haftbar gemacht wird, sowohl

für Körperverletzungen wie für Sachschaden. Es wäre deshalb empfehlenswert, dass man Gelegenheit hätte, sich Reinigungsanstalten anzusehen, weil dadurch dem Publikum klar vor Augen geführt würde, welche bau- und feuerpolizeilich gegebenen Vorschriften angewendet werden, um Personal und Betrieb gewerblicher Reinigungen vor der Benzinexplosionsgefahr zu schützen. Bedenkt man im übrigen die ungeheure Gefahr, in die man beim Reinigen mit Benzin kommt, so wird man selbst in diesen schweren Zeiten, wo man an allen Ecken und Enden zu sparen sucht, lieber die zu reinigenden Sachen fortgeben und die Kosten dafür tragen oder aber auf andere, harmlosere Weise, wie Waschen in Flocken, Seifenpulver, Gallseife oder Quilliarinde, die verschmutzten Kleidungsstücke usw. säubern!

Susi Bork.

Das "Mädchenzimmer".

SPD. Als Verkäuferin bin ich abgebaut. Vorläufig besteht keine Aussicht, wieder eingestellt zu werden. Die Stemperei langt entweder für die Miete oder fürs Essen. Da fällt die Wahl schwer. Spart man am Essen, so kann man bald jede Hoffnung auf eine neue Stellung aufgeben. Mit Maggisuppen allein schafft man nicht mehr, was heute verlangt wird: doppelte Arbeit bei halbem Gehalt. Andererseits, ein Dach überm Kopfe muss man schon haben; sonst geht es gar zu schnell bergab. Meins war gewiss nicht üppig, aber die zwanzig Mark sind nicht mehr aufzubringen. Also wieder mal ist eine Umstellung nötig. Ich habe keine Angst davor. Als junger arbeitsfreudiger Mensch werde ich doch wenigstens diesen Vehlbetrag zusammenbekommen können. Neun Inserate habe ich gesammelt: "Kleines Zimmer gegen Hausarbeit", "Mädchenzimmer gegen Aufwartung". Nun rasch auf den Weg, ehe die Konkurrenz auf den Beinen ist!

Erster Fall: Ein Arzt, mitten im Umzuge, sofortige Hilfe verlangt. Zukunftsmusik von Sprechstundenhilfe usw. Da heisst es aber zupacken! Augenblicklich stürze ich mich auf die Arbeit. Abends sollen ausführlich die "näheren" Bedingungen besprochen werden. Bis dahin schufte ich voller Freude. So ein Duse!, gleich beim ersten Versuch eine Bleibe zu finden und dazu noch die Aussicht, weiterzukommen! Dann allerdings stellt sich Abends mein "Zimmer" als eine Art Hängeboden ohne Fenster heraus, und ausser der vereinbarten Hausarbeit wird auch noch ständige Bereitschaft für Telefon und Patienten verlangt. Schleunigst packe ich wieder meiner Siebensachen, froh, dass ich vorläufig noch eine Zuflucht bei meiner Schwester habe. In den nächsten Tagen bin ich dann von einer Gegend in die andere gelaufen, und meine Suche hat mir wenigstens zu den erstaunlichsten Erfahrungen verholfen. Ich habe mich inzwischen davon überzeugt, dass eine Wohnung noch so "hochherrschaftlich" sein kann, das Mädchenzimmer ist stets kaum grösser als eine Hundehütte, in den seltensten Fällen heizbar. Für diese elenden Löcher verlangen edle Mitbürger, die aus der Not der Aermsten Geschäfte zu machen verstehen, durchschnittlich 3 bis 4 Arbeitsstunden den Tag. Das sind also bei einem Stundenlohn von 0,40 Mark mindestens 36 Mark monatlich. Und das als Gegenleistung für den sonst unbrauchbaren Abfall ihrer Wohnung!

Auf der letzten Stelle zeigte mir die "Gnädige" mit Stolz ihre Fünfzimmerwohnung. Hier war eine unheizbare, ehemalige Speisekammer für das Mädchen gedacht. Dafür sollte die Wohnung instand gehalten (genaue Zeitangabe unerwünscht) und die ganze Wäsche schrabkfertig gemacht werden. Es wäre auf die Arbeitsleistung einer voll bezahlten und beköstigten Hausangestellten herausgekommen. Wie es denn wenigstens mit Frühstück wäre, fühlte ich schüchtern vor. Na, da gab es aber einen Entrüstungsturm über diese empö-

rende Zumutung. Gerade klingelte das Telefon und ich bekam unfreiwillig ein stundenlanges Gekakel darüber zu hören, ob die Bridgepartie auch wirklich zustande käme. Endlich räusperte ich mich. "Wissen Sie", sagte die Gnädige in den Apparat, "ich werde hier eben aufgehalten durch ein junges Mädchen, das ich gegen etwas Hausarbeit zu mir nehmen will. - - Wie? - - Ach ja, man tut eben schon, was man kann!"

Diese Wohltätigkeitsprotzerei hatte mir gerade noch gefehlt. Da habe ich denn endlich einmal ausgepackt, was von einer derart infamen Ausnutzung zu halten ist. Der Hörer fiel der Gnädigen vor Schreck aus der Hand. Und wenn ich auch sonst nichts weiter damit erreicht habe, das Bridgekränzchen wird wohl am nächsten Nachmittag einen interessanten Unterhaltungstoff gehabt haben: "Kleines Zimmer gegen Hausarbeit."

Elfriede Brandt.

Herbst.^x

SPD. Eines Sonntags hatten sie sich im Walde verirrt. Es war im September. Die Sonne fiel schwächer durch die verfärbten Wipfel der Bäume und zeichnete blasse gelbe Kringel auf den welken Blätterteppich des Waldbodens. Die korkigen Stämme der Bäume versperrten ihnen den Blick. Sie folgten einem schmalen Fusspfade, den Waldarbeiter und Beerensucher ausgetreten hatten, und standen später in einer kleinen Lichtung, vor einer Gruppe junger Buchenbäume, aus deren Rinde das Gehörn des Rehbocks grosse Fetzen gerissen hatte. Es war still - nur ein Rauschen schien den Wald gleichmässig zu durchdringen und mit geheinem Leben anzufüllen.

"Jetzt ist es Mittag", sagte der Mann. "Wenn wir uns nachher nach links halten, müssen wir wieder auf den Weg kommen".

"Wann geht der Zug?" fragte die Frau.

"Um dreiviertel sieben", erwiderte der Mann. "Ich glaube", fügte er hinzu, "es wird für dies Jahr unser letzter grosser Sonntagsausflug gewesen sein".

"Ja", sagte die Frau, "es geht auf den Winter zu. Man braucht nur den Wald anzusehen."

Sie setzten sich auf den Waldboden. Am Morgen waren sie fast zwei Stunden mit der Bahn gefahren, um der Stadt zu entfliehen, über Felder zu gehen, die Häuser eines Dorfes zu sehen und sich die Lungen mit der frischen, würzigen Waldluft zu füllen. Den ganzen Vormittag waren sie gewandert, langsam, geniesserisch. Der Wind hatte ihre Gesichter gerötet, die milde Sonne Hände und Wangen gewärmt. Nun verzehrten sie hungrig die mitgebrachten Brote.

Als sie mit Essen fertig waren, streckten sie sich lang aus. Durch die Wipfel der Bäume schimmerte blauer Himmel. Die Stille tat ihren Ohren wohl. Schweigend, mit offenen Augen lagen sie nebeneinander. Sie dachten an den Sommer, der vorbei gegangen war, leicht und schnell, wie der Sommer der vielen Jahre, die sie zusammen gelebt hatten. Sie gingen in Gedanken diese Jahre durch, als wollten sie das Entschwundene festhalten und Vergangenes zur Wiederkehr zwingen.

"Erinnerst du dich", begann die Frau nach einer Weile; "als wir verlobt waren, sind wir auch einmal in dieser Gegend gewesen."

"Ja", antwortete der Mann, "ich entsinne mich. Es war an einem heissen Tage im Juli. Im andern Jahre kam der Krieg."

Die Frau wollte noch etwas sagen, aber sie bezwang sich und schwieg. Ein Windstoss brach in die Lichtung ein; welche Blätter raschelten leise zu Boden; dann war es wieder still. Die Frau blickte in den Himmel, auf dem weisse Wolken schwammen, wie Schwäne auf einem See. Sie zogen nach Westen, langsam

und ohne eine Spur zu hinterlassen. "So zieht das Leben vorüber", dachte die Frau; "ohne dass man es merkt, wandern die Jahre wie die Wolken am Himmel". Eine leise Unruhe stieg in ihr auf. "Man wird alt", dachte sie und fröstelte ein wenig bei diesem Gedanken.

Der Mann schlief. Die Frau richtete sich auf und sah in das Gesicht des Schlafenden, über das die Septembersonne einen warmen Glanz gebreitet hatte. Aufmerksam blickte die Frau auf dieses Gesicht, das ihr bekannt war und vertraut bis in seine kleinsten Züge in all den Jahren, da es neben ihr gewesen war. Und doch erschien es ihr jetzt fremd. Sie sah die kleinen Fältchen, die die Haut durchzogen, Falten, die sich um Auge und Mund spannten, Falten, die das Leben langsam, aber untilgbar in dieses Gesicht hineingezeichnet hatte. Sie sah die kleine Narbe am Kinn und versuchte, sich das junge Gesicht des Mannes auf der Erinnerung zurückzurufen, das junge, frische Gesicht des Zwanzigjährigen, das einmal vor ihr gestanden hatte. Doch es gelang ihr nicht.

Der Mann stiess im Schlafe den Atem durch den Mund. Die Züge seines Gesichtes wurden immer schlaffer, und die Frau verfolgte aufmerksam die Veränderung, als versuchte sie, den Traum des Schläfers zu erraten, als versuchte sie, zu lesen, was hinter der Stirn, hinter den geschlossenen Augen vorging. Sie musste plötzlich daran denken, wie sie ihn zum erstenmal als junges Mädchen gesehen hatte. An einem Sommerabend war es gewesen. Sie war von Bekannten zu einer Familienfeier eingeladen gewesen. Sie konnte sich noch des Tisches erinnern, an dem alle sassen. Dann ging die Tür auf, und ein junger Mensch trat ein. Sie kannte ihn nicht und musste über seine Schüchternheit lächeln. Später tanzte sie mit ihm zur Musik eines alten Gammophons, das einen grossen, verbeulten Trichter hatte. Zwanzig Jahre lagen zwischen jenem Abend und dem Heute, und doch konnte sie sich noch ganz genau erinnern. Sie versuchte, sich vorzustellen, wie ihr Leben geworden wäre, wenn sie ihm nicht begegnet wäre. Ob besser oder schlechter? Sie lächelte bei diesem Gedanken. Ach, sie konnte sich ihr Leben ohne ihn überhaupt nicht mehr vorstellen; so gehörte er zu ihr und sie zu ihm. Wie könnte man auch sonst mit dem Leben fertig werden, wenn nicht einer zur Seite ging, der zu einem gehörte. Sie wärmte sich an diesem tröstlichen Gedanken. Den Einsamen, dachte sie, überfällt das Leben von allen Seiten. Aber wenn zwei zusammenhalten, ist es gewiss schon leichter. Das Leben, dachte sie weiter, während der Wind wiederkam und sich in den Wipfeln verfing, das Leben... alle raten sie an ihm herum wie an einem Rätsel, und jeder hat eine andere Lösung. Und es ist doch manchmal so einfach. Ist es denn nicht nur dazu da, um erfüllt und erlöst zu werden in allen seinen Freuden und Schmerzen?

Ein Geräusch neben ihr liess sie auffahren. Der Mann war aufgewacht. Er stemmte die Arme auf und richtete sich in die Höhe. Dann rieb er sich die Augen: "Ich glaube, ich war eingeschlafen". Die Frau lächelte vor sich hin. "Das macht die Sonne", sagte sie. Der Mann sah auf die Uhr. "In einer Stunde müssen wir gehen", stellte er fest. "Schon", erwiderte die Frau enttäuscht. Der Mann sah in den Wald, der sich langsam mit Schatten zu füllen begann. Er hörte auf das Rauschen des Windes in der Ferne. Eine unbehagliche Stimmung überkam ihn. "Dass man so leicht müde wird", dachte er; "das bisschen Laufen spürt man gleich in den Beinen". - "Wollen wir gehen?" fragte er die Frau. "Es wird kühl". Sie standen auf, packten ihre Sachen zusammen und gingen durch den Wald, bis sie durch die Bäume den Weg schimmern sahen, der nach dem Dorfe hinunterführte. Sie gingen schweigend Arm in Arm. Der Wald roch nach Fäulnis. Ein Hauch von Sterben, ein Hauch von der grossen Müdigkeit der Welt strich an sie heran, dass sie froren, obwohl die Sonne noch immer auf dem roten Blätterdache der Bäume lag. Sie spürten diese Müdigkeit in sich als etwas Schweres und Ergreifendes, das sie wortlos machte. Und sie begannen, etwas in sich zu fühlen, das nach Ruhe verlangte, das ihre Wünsche, Sehnsüchte und Sorgen verstummen liess.

Als sie den Wald hinter sich hatten und über die Felder nach der Bahnstation gingen, über die leeren, kahlen Stoppelfelder, die der Herbst dem Winde preisgab, hörten sie vom Dorfe her ängstlich und eigensinnig eine Glocke bimmeln. Sie blieben stehen und wandten sich um. Aus dem Walde traten schon die ersten Schatten der Dämmerung heraus. Der Abendwind strich über ihre Köpfe, und vom Himmel sank ein Schleier über die Erde, der erste, den die Nacht schickte. In einer seltsamen Beklommenheit gingen sie schnell, und ohne sich umzuwenden, den Häusern des Dorfes entgegen.

Kaliban.

Herbst.^x

Ich liebe dieses Herbstes Sonnensüsse,
Die schwer in goldnem Schilf am Ufer hängt
Und letzte Knospen zum Erblühen drängt,
Dass keine allzu spät Erwachen büsse
Mit frühem Tod, - es geht wie weiche Füße
Ein feines Strahlen durch das Land und schenkt
Des roten Sommers neu erwachte Grüsse.

Und wenn auch nicht mehr Nachtigallen schlagen,
So quellen voller doch gestockte Säfte,
Und beinah ist's, als sei es wieder Mai.

Ich recke mich in wohligem Behagen
Und schicke mich zu fröhlichem Geschäfte
In Hoffnung, dass mein Herbst voll Sonne sei.
Henni Lehmann.

SPD. Tomaten als Gasriecher.^x Ein blühender Rosenstrauch, der unter eine gasgefüllte Glasglocke gebracht wird, lässt seine Blätter fallen und geht ein. Besonders empfindlich aber ist die Tomate, deren Blätter sofort welken, wenn die Luft auch nur eine noch so geringe, von Menschen noch gar nicht wahrnehmbare Spur von Gas enthält. Man will daher die Tomate in Bergwerken oder Unterseebooten als "Gasriecher" benutzen, da sie noch empfindlicher ist als die bisher verwendeten Kanarienvögel. Merkwürdigerweise sind übrigens Pflanzen nicht in jeder Lage gleich gasempfindlich. Dr. Crocker vom Boyce Thompson-Institut stellte Pflanzen auf den Kopf, und die Empfindlichkeit liess nach. Auch seitlich gestellt vertragen sie noch doppelt so viel Gas wie aufrecht. Es muss also in der Pflanze ein Schwermechanismus wirken, der je nach der Lage der Zellenstruktur die Gasempfindlichkeit beeinflusst. Dieser rätselhafte Zusammenhang wartet noch seiner Erklärung.

SPD. Vom Stiergefechte zum höfischen Tanze.^x Das Wort "Quadrille", mit dem wir einen von vier Paaren ausgeführten Tanz zu bezeichnen pflegen, kommt aus dem Spanischen. In Spanien bezeichnet man mit dem Wort "cuadrille" eine Gruppe von vier Fechtern, die in den Stiergefechten aufzutreten pflegen.
